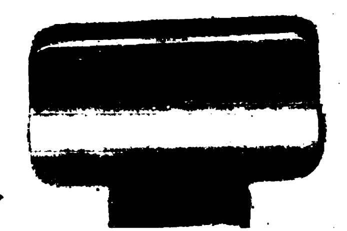
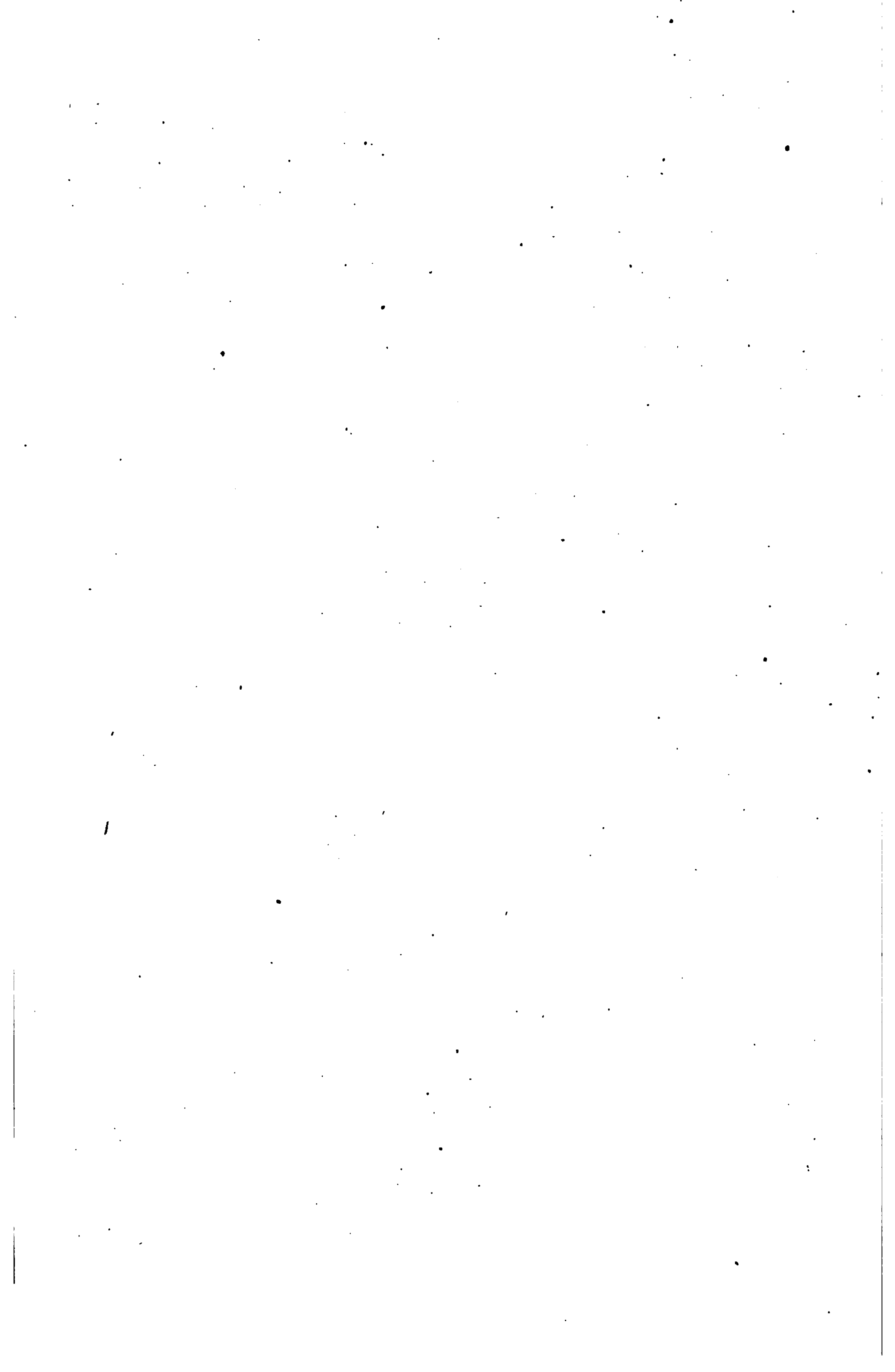

UC-NRLF
$B 88 554




Y.C 79072





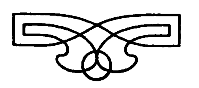


Bevölkerungsprobleme

Studien und Glossen zur Geburtenfrage

von

Siegfried Dyck



Breslau
Verlag von Preuß & Jünger
(Inh. Kropff & Weinberger)
1917



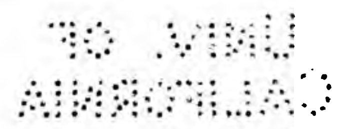
Inhalt.

I.

Die Gesetzmäßigkeit in der Volkszunahme.

Was lebensfähig ist, das ringt sich selber durch. Natur will Leben und streut verschwenderisch die Keime aus, die lebenschaffenden, damit in reicher Wahl zur Auslese Gelegenheit geboten ist. Und dennoch schwankt die Menschenproduktion. In Wellenlinien folgt stets einer Zeit von großer Fruchtbarkeit ein Rückgang des Gebärens. Wenn nach den Ursachen der starken Geburtlichkeit und ihres Gegenteils wir forschend Umschau halten, dann finden wir in den Erscheinungen den Ausdruck der Naturnotwendigkeit, eine instinktive Schlußfolgerung aus den Erfahrungen früherer Zeiten zum Schutze des Lebens und zur Erhaltung der Art. Die Ethik folgte der Notwendigkeit und schuf ihr ideelle Gründe zu den materiellen.

Es mag zwar sonderbar anmuten, daß starke und schwache Volksvermehrung eines Ursprungs sind und daß gegensätzliche geschlechtliche Ethik gleichem Ziele zustrebt. Die starre asketische mittelalterlich-christliche Ethik scheint — wie im stark bevölkerten Asien der Buddhismus und die Lehren des Confutse und Laotse noch heute — weit eher das Leben zu verneinen als zu bejahen. Und doch war diese Ethik, wie die der lebensfrohen heiteren Griechenwelt, darauf gerichtet, Leben zu erhalten. Die Zusammenhänge sind oft schwer zu entwirren für den, der dem Geschehen allzu nahe steht; bei weiterem Abstand treten erst die Hauptfäden hervor. In der Vergangenheit muß man daher die Schlüssel suchen für Naheliegendes.



Wenn wir zurückgehen, soweit Ethnologie und Geschichte die Rückschau gestatten, so sehen wir die Bevölkerungsprobleme und mit ihnen die Sexualethik eng verknüpft mit der Ernährungsfrage. Vielweiberei findet man bei Hirtenvölkern, deren reiche Herden Nahrungssorgen nicht aufkommen ließen und die der Männer bedurften, um ihren Besitz zu verteidigen. Auch die ackerbautreibenden Stämme suchen rasche Vermehrung, so lange noch Fruchtland zur Genüge zur Verfügung steht und der Arbeitshände harrt. Selbst Räubervölker, die zum Angriff auf die reichen Nachbarn Männer brauchen, müssen fruchtbar sein. Eine zahlreiche Nachkommenschaft ist darum Ehre für Mann und Weib und hebt ihr Ansehen. Der Weiberraub ist sanktioniert; denn ein Weib kann gebären. Des Mannes Ansehn steigt mit der Zahl seiner Weiber und Familienangehörigen und dem Putz und Tand, den er ihnen bieten kann. Sucht das Individuum auch nur die Lust, die Natur weiß doch den Trieb lebenschaffend zu lenken und Kinder wachsen in unbeschränkter Zahl heran.

Anders da, wo primitive Werkzeuge trotz reichen Bodens den Ackerbau unergiebig machen, wo Urwald-Wildwuchs oder dürftiger Boden die Viehzucht hindert und — wie noch heute in Zentral-Brasilien und in weiten Strecken Innerafrikas — die primitiven Waffen auch die Erträge von Jagd und Fischfang so unsicher machen, daß oft der grause Hunger die Existenz des Stammes bedroht. Vielweiberei ist dort unmöglich. Das Weib ernährt sich nicht mehr selbst, es verzehrt und schmälert die kargen Bissen. Eine andre Moral greift darum Platz. Nur ältere, kräftige Männer haben ein Weib für sich allein und zeugen Kinder. Die jungen Männer des Stammes wohnen zusammen im Männerhaus und gebrauchen — viele gemeinsam — ein Weib, das — der Lust dienend — selten gebärt. Auch gleichgeschlechtliche Befriedigung, Abtreibung der Leibesfrucht und Kindestötung hindern eine zu schnelle Vermehrung; selbst Menschenfresserei dient gleichem Zweck.

Und doch ist auch diese Moral bestrebt, Leben zu erhalten. Da die Erde nicht der großen Kopfzahl Nahrung gibt, Unterernährung jedoch das ganze Volk langsam, aber sicher vernichtet, muß die Zahl dort klein gehalten werden. Und es müssen die physisch und psychisch

Stärksten allein fruchtbar bleiben, weil sie den widerstandsfähigsten Nachwuchs versprechen.

Die gleichen Faktoren bestimmen auch die Bevölkerungsethik und Geschlechtsmoral späterer Perioden kultureller Entwicklung. Der wirtschaftliche Zwang schafft sich die Ethik, die er braucht. Die asketisch-christliche Sexualmoral, auf der die jetzt ersterbende Ethik beruht, hatte unbewußt ihren letzten Grund in der erschwerten Ernährung, in der Verschärfung des wirtschaftlichen Kampfes. Aus der Not machte man eine Tugend. Und geschlechtliche Enthaltsamkeit, die die jüngeren Söhne der Herren und die meisten weiblichen Glieder der Familie von der Fortpflanzung ausschloß, war darum verdienstlich, weil sie dem Hauptstamm ein kräftiges Gedeihen verhieß. War aber die Unfruchtbarkeit notwendig, so mußte auch der Anreiz zu fruchtbarem Geschlechtsverkehr unterbunden werden. Der Monogamie aus materieller Notwendigkeit folgte ebenso sicher die ethische Forderung der Monogamie, wie ihre dogmatische und rechtliche Festlegung; der Notwendigkeit, fruchtbaren Geschlechtsverkehr der jüngeren Herrensöhne und Töchter zu hindern, mußte die ethische Glorifikation der Ehelosigkeit und geschlechtlichen Abstinenz, die Gründung von Mönchs- und Nonnenklöstern, von Ritterorden und das Zölibat der Priester folgen. Und als weiteres Mittel der Geburteneinschränkung kam dazu die Verfehmung unehelicher Geburt, auch wenn dadurch kein Eheband verletzt ward. War doch die gattenlose Frau wirtschaftlich schwach und nur ausnahmsweise imstande, selbst ihr Kind zu ernähren, eine Unterstützung von dem Kindesvater jedoch entzog seiner gegenwärtigen oder zukünftigen Familie einen Teil seines Erwerbes. Dieselben Gründe, die dergestalt gegen einen fruchtbaren, außerehelichen Geschlechtsverkehr sprachen, zogen die unfruchtbare Prostitution groß, und die gleiche Ethik, die die Ehelosigkeit als Verdienst pries und sexuelle Dinge der Erörterung entzog, förderte die unfruchtbarmachenden Geschlechtskrankheiten. Selbst der Staat tat das Seine zur Beschränkung der Volkszunahme, indem er aus ethischen Gesetzen bürgerliche Gesetze machte. Für die unfruchtbare Prostitution schuf er feste Normen, verweigerte dem unehelichen Kinde den Vaternamen und erkannte kein Familienband und keinen Erbanspruch des unehelichen Kindes an den Vater an. Selbst die Bande

des Blutes, die ursprünglichsten und stärksten, die Menschen aneinander knüpfen, wurden also unbedenklich zerrissen zugunsten einer Ethik, die — aus wirtschaftlicher Notwendigkeit geboren — eine langsamere Vermehrung im Interesse der Erhaltung der Art forderte.

So hat nach ehernem Gesetz die Natur der Völker Wachstum in vergangenen Epochen geregelt. Raum für Existenz schuf volle Wiegen, schwierige Lebensbedingungen wirkten geburtenhindernd. Und die Ethik hieß gut, was sich als nötig selbst durchsetzte.

Ist nun das eherne Lebensgesetz, das Millionen Samen fruchtbar machte und verdorren ließ und das für Pflanze, Tier und Menschen in gleicher Weise galt, für Menschen heut noch gültig? Oder hat die Organisation des Staates es vermocht, ein Naturgesetz für uns zu ändern? Geht in seinem Menschenreichtum ein Volk zurück, auch wenn's nicht not tut und wächst es, wenn wir's wollen? In der jüngsten Vergangenheit noch sahen wir es anders. Trotz Malthus Lehre brachte uns das neunzehnte Jahrhundert in den Kulturstaaten ein riesiges Menschenwachstum.

Was war die Ursache?

Die Industrialisierung der Kulturländer schuf neue Lebensmöglichkeiten, die Verkehrserleichterungen ermöglichten die Aufsuchung der Nahrungsplätze des Siedlungslandes, das über See sich bot, der Arbeitsstätten, die im In- und Ausland einen reichen Verdienst verhießen. Freizügigkeit brachte auch der breiten Masse die Möglichkeit, an dieser Erweiterung der Arbeitsfelder teilzunehmen. So stieg im Jahrhundert der Maschine die neue Zeit herauf, die Wachstum der Bevölkerung forderte und möglich machte. Und größer, immer größer ward die Zahl der Menschen, die teilnahmen an dieser Möglichkeit. Jetzt war für weite Gebiete Fruchtbarkeit Gebot. Die Ehelosigkeit ward zwar nicht Schimpf; doch Spott begegnete dem alten Junggesellen und der alten Jungfer. Der letzteren mehr noch als dem ersteren, denn mit dem Eindringen der Industrie in die Gebiete, die früher der Hauswirtschaft vorbehalten blieben, wurden viele der unvermählten Frauen im Haushalt überflüssig, die früher produktive Arbeit leisteten. Sie wurden jetzt Verzehrer, die anderen die Bissen schmälerten. Das trieb sie

auf die Suche nach Berufen, in denen sie sich produktiv betätigen konnten. Und der Bedarf an Arbeitskräften schuf ihnen Gelegenheit, sich zu betätigen und selbst zu nähren. Der erwerbenden Frau aber blieb dann auch der Spott fern, der die Überflüssige verfolgt hatte. Das bereitete der Frauenemanzipation den Boden.

Als dann die Menschenflut in einzelnen Berufen jedoch so hoch stieg, daß zu Zeiten Überfüllung eintrat, da wurden im Ausgange des neunzehnten und zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts die Lebensbedingungen wieder unsicherer. Zwar reichte noch die Nahrungsmenge im ganzen für alle aus. Doch ist es nicht das Nahrungsquantum an sich mehr, das das schnellere oder langsamere Wachstum eines Volkes bedingt. Das einmal erreichte Lebensniveau ist Mindestmaß geworden. Der Baum, den man aus fettem Boden verpflanzt in dürftiges Land, wird kümmern und wenig Früchte tragen. Ein Volk, eine Familie, das Einzelindividuum, das sich an einen bestimmten Lebenszuschnitt erst gewöhnt hat, will ihn auch seinem Nachwuchs sichern. Mit der Überfüllung der Berufe aber, die wir vor dem Kriege in Deutschland und mehr oder weniger in allen Kulturländern beobachten konnten, hing auch die vielerörterte Frage des Geburtenrückgangs eng zusammen. Die große Linie eines allgemein gültigen Naturgesetzes finden wir auch hier. Darüber, daß ein Sinken unserer Volkskraft dem deutschen Volke Gefahr bringt, sind wir alle einig. Daß auch in unserer Zeit nur große Volkszahl uns vor den Überfällen räuberischer Nachbarn zu sichern vermag, bewies der Krieg uns, und daß das deutsche Volk verarmen müßte, wenn nicht, in Industrie, Gewerbe, Wissenschaft und Landbau, die Arbeitskraft eines wachsenden Volkes aus seiner Arbeit neue Werte schafft, mit denen es die Nahrungsmittel und Rohstoffe bezahlt, die es verbraucht, auch dafür war der Krieg uns Lehrmeister und hat wohl manchen bekehrt, der früher anders dachte. Des Volkes Wachstum ist uns heute notwendiger denn je.

II.

Der Geburtenrückgang in Deutschland.

In jeder aufsteigenden Entwicklung liegen bereits Keime eines Abstiegs, dem sie nicht entgehen kann, wenn ihr Höhepunkt überschritten ist. Die Entfesselung der Kräfte und die Erschließung neuer Lebensmöglichkeiten, die uns die Bauernbefreiung, die Lösung aus wirtschaftlicher Gebundenheit im Inland durch Freizügigkeit und Gewerbefreiheit, die Verkehrserleichterung und die Entwicklung der Technik brachte, schuf wohl die Möglichkeit einer riesigen Volksvermehrung, sie zeitigte jedoch zugleich einen Auftrieb, der mit dem Eindringen neuer Mitbewerber in den Kreis gesicherter Existenzen die Lebensbedingungen nicht unwesentlich änderte.

Die alte Herrenkaste, der gefestigte große Grundbesitz, hat von jeher die Geburtenzahl, die Zahl der fruchtbaren Nachkommen, beschränken müssen. Ein Herr braucht Raum und jede Teilung seines Herrschaftsgebietes schwächt seine Macht und Kraft und macht ihn seinen Gegnern gegenüber weniger widerstandsfähig. Als der altangesessene Adel seine jüngeren Söhne nicht mehr in Kirchenpfründen und seine Töchter nicht mehr in Klöstern und Stiften unterbringen konnte, als das Stegreifrittertum ausstarb, die Kartaunen mit dem Faustrecht Männerkraft zerbrachen, suchte er für seine jüngeren Söhne im Fürstendienst standesgemäße Versorgung. Der erbgesessene Adel, der schon durch die Bestimmung der Ebenbürtigkeit den allzugroßen legitimen Nachwuchs instinktiv zu hemmen suchte, fand sich im wesentlichen wohl — wenn auch nicht immer voll bewußt — aus materiellen Gründen schwer darein, daß seinen Söhnen im Dienst- und Briefadel bei der Besetzung der hohen Staatsämter und Militärchargen Mitbewerber erwuchsen. Zähe suchte er durch gesellschaftliche Schranken sich ihrer zu erwehren. Als dann jedoch mit dem Aufstieg aus den Bürgerkreisen auch der Zudrang Bürgerlicher im Verwaltungs- und Heeresdienst immer größer wurde zu Stellen, auf die der Adel für seinen Nachwuchs Anspruch machte, da gab's

politische Kämpfe um den Futterplatz und um die Macht im Staat. Die Unsicherheit der Existenz, die schon vorher beim Dienstadel recht groß war, bedrohte nun, mehr als je zuvor, auch die jüngeren Söhne des erbgesessenen Geburtsadels.

Existenzminimum ist nicht das zur Ernährung Notwendigste, sondern das erreichte Lebensniveau. Ein Zurücksinken des Nachwuchses aus diesem gewohnten Milieu ist Deklassierung, und der Trieb zur Erhaltung der Art ist es, der die Nachkommenschaft davor zu bewahren sucht. Wie das edle Blutpferd, das an reichliches und gutes Futter gewöhnt ist, bei geringerer Pflege und schlechterer Ernährung verkümmert, wie die Pflanze, die in fettem Boden wuchs, bei einer Verpflanzung auf mageren Heideboden langsam abstirbt, so ist auch der Menschennachwuchs weniger widerstands- und anpassungsfähig, wenn er unter den Lebenszuschnitt der Kindheit, des Elternhauses sinkt. Instinktiv sucht sich daher jede Gesellschaftsschichtung dagegen zu wahren, wenn nicht anders durch Minderung der Nachkommenschaft.

Die gleichen Ursachen, die beim angesessenen und beim Dienstadel sehr früh ihre Wirkung ausübten und die auch bei der Geldaristokratie zur Wirkung kamen, machten sich daher schon in der Zeit des großen wirtschaftlichen Aufschwunges auch in den Kreisen des bemittelten Bürgertums geltend. Aus diesem, soweit es nicht als Erbe alter Handelsfirmen, Industriebetriebe und großer Bauernhöfe gesichert war, rekrutierte sich ja der Nachwuchs der meisten akademischen Berufe und der gehobenen Beamtenstellen, die ihren Inhabern ein bürgerlich-behagliches, gesichertes Dasein gewährten. Der Aufstieg einer breiten neuen Schicht aber, das Entstehen und Aufblühen neuer Betriebe und neuer Industriezweige machte nicht nur den alten Firmen Konkurrenz und minderte deren Einkommen, er trieb eine große Zahl neuer befähigter Bewerber auch in die akademischen Berufe und in die gehobenen Beamtenstellen und bedrohte so die Existenz minder leistungsfähiger Sprößlinge der Schichten, die bisher darin durch Familienbeziehungen und nach Herkommen Unterkunft gefunden hatten. Die Zahl der Bewerber verlangsamte überdies das Avancement und verteuerte

die Erziehung, verlängerte die Unterstützungsbedürftigkeit durch die Eltern und zögerte das Heiratsalter und die Gründung von Familien immer weiter hinaus. Die neu in diese Kreise Drängenden waren zwar den im Wohlstande Erwachsenen gegenüber insofern zunächst im Vorteil, als sie, an einen kargeren Lebenszuschnitt gewöhnt, sich eher einschränken konnten; sie mußten jedoch vielfach Schulden machen, um ihr Ziel zu erreichen und diese Verpflichtungen erschwerten auch ihnen wieder die Aufzucht einer großen Kinderzahl. So ging auch in diesen Schichten des bemittelten Bürgertums langsam aber sicher die Zahl der Kinder allmählich zurück.

Der Kleinbürgerstand wieder wurde durch die Massenfabrikation der Industrie und die Verkehrserleichterungen, die dem Großkapital die Versorgung der Bevölkerung großer Gebiete, von Zentralstellen aus, gestattete, zunächst in seinem eigenen Erwerbsgewinst gedrückt, sodann aber wurde ihm auch die Versorgung seiner Kinder erschwert, da die Ansprüche an die Schulbildung stiegen und die Ausgaben für Schule, Bücher, Kleidung usw. immer höher wurden. Früher waren einmal die subalternen Beamtenstellen vom Nachwuchs des Kleinbürgerstandes besetzt worden, mit dem Steigen der Volkszahl und dem Wachsen des stehenden Heeres traten jedoch in immer steigender Zahl für diese Stellen Militäranwärter und der Nachwuchs der gehobenen Arbeiterschaft als Mitbewerber auf. Das bewirkte zunächst eine Überfüllung der Beamtenlaufbahn, übte jedoch seine Rückwirkung auch auf das Kleingewerbe selbst aus, indem trotz der drückenden Konkurrenz des großkapitalistischen und genossenschaftlichen Kleinverkaufs und der billigen Massenproduktion der Industrie die Zahl der Betriebe prozentual rascher wuchs als die Bevölkerung. Die Folge war wiederum Unsicherheit der Existenz in der Gegenwart und noch größere Unsicherheit in der Versorgung der Nachkommenschaft.

Die Geburtenbeschränkung des Geburts-, Dienst- und Geldadels und des wohlhabenden Mittelstandes hatte bei der numerisch geringen Zahl der wohlhabenden Familien für die Volksvermehrung an sich wenig zu bedeuten, obwohl das Beispiel nicht unerheblich auf die nahestehenden Gesellschaftsschichten gewirkt haben mag. Bemerkbar wurde der Geburtenrückgang erst, als er nach großen

Wirtschaftskrisen auf das Kleinbürgertum übergriff. Der ziemlich jähe Absturz der Geburtlichkeit von 1876—1879 um 4 pro mille der Bevölkerungszahl mag noch durch die Rückkehr aus der nach dem Kriege übermäßig hohen Geburtlichkeit zu einer dem Wirtschaftsleben angepaßten Steigerung bedingt gewesen sein; die achtziger Jahre, ja noch die neunziger, bringen dann ein sehr langsames Sinken, zeigen fast noch eine gewisse Stabilität. Die Zahl der Geburten sank von 39,1 auf 1000 Einwohner im Jahre 1880 bis auf 37,7 im Jahre 1889. Dann aber setzte der Rückgang für das Kleinbürgertum ein und die Geburtenzahl fiel in stärkerem Maße, wenn auch noch immer langsam, bis 1906 auf 34,1 auf 1000 Einwohner.

Rascher vollzog sich der Rückgang erst, als auch die große Zahl der Arbeiter in ihrer Lebenshaltung soweit gestiegen war, daß sie jede Unsicherheit der Existenz empfinden mußte. Die Entwicklung der Industrie hatte auch in der Arbeiterschaft Schichtungen bewirkt, die einen erheblichen Unterschied in der Lebensführung im Gefolge hatten und die nicht ohne Einfluß auf die Geburtlichkeit bleiben konnten, weil sie ein Zurücksinken in die materiell schlechter gestellten Schichten ermöglichten. Zwar stieg die Nachfrage nach Arbeitskräften in allen Schichten immer noch bis zum Beginn des Krieges, doch Wirtschaftskrisen, Streiks und Aussperrungen brachten auch der gehobenen Arbeiterschaft die Unsicherheit der Existenzbedingungen um so schärfer zum Bewußtsein, je schroffer der Absturz von einem verhältnismäßig guten Einkommen zu zeitweiliger Verdienstlosigkeit war. Während in den Jahren 1899—1903 die Zahl der Streiks und Aussperrungen durchschnittlich jährlich nur 1272,2 mit einer Arbeiterzahl von 205 223 in den betroffenen Betrieben betrug, stieg sie in den Jahren 1904—1908 auf 2272 mit einer Durchschnittszahl von 476 284 Arbeitern jährlich und 1909—1913 auf 2170 Streiks und Aussperrungen jährlich in Betrieben mit einer durchschnittlichen Zahl von 536 522 Arbeitern. Das hat seine Wirkung nicht verfehlt. In der kinderreichen Familie mußten die Ausfälle an Verdienst, die zur Aufzehrung von Ersparnissen oder Verschuldung führten, viel schwerer empfunden werden, als in der kinderarmen. Vergleiche führten dann wohl breite

Schichten nach solchen Erfahrungen dazu, die Geburtenzahl einzuschränken. Wenn man sich den unleugbaren Zusammenhang zwischen einer Verteuerung der Lebenshaltung und den Streiks und Aussperrungen vergegenwärtigt, wird man sich — trotz des statistischen Nachweises, daß die Löhne im ganzen stärker als die Verteuerung der Lebenshaltung gewachsen sind, — der Überzeugung nicht verschließen können, daß die Verteuerung der Lebensmittel und des notwendigsten Hausbedarfes indirekt mit zu dem Geburtenrückgang beigetragen und ihn beschleunigt hat. Dazu kommt, daß die bessere Lebenshaltung auch die Ansprüche an die Kindererziehung steigerte. Der gehobene Arbeiter schickt heute, weil er den Wert der besseren Schulbildung schätzen gelernt hat, seine Kinder schon vielfach auf mittlere und höhere Schulen oder gibt ihnen eine technisch bessere und kostspieligere Ausbildung.

Für einen Teil der Arbeiter brachten auch die sozialen Gesetze eine Erschwerung der Kinderaufzucht. Die Wohnungshygiene, Verbreiterung der Straßen, Wohnungspolizei, Schließung von Kellerwohnungen usw. hat in den Städten die Ausgaben für Wohnungen so stark gesteigert, daß der Mietbetrag bei Einkommen unter 1200 *M* durchschnittlich 20% des Einkommens beträgt. Die Kinderschutzgesetzgebung des Jahres 1903, die die gewerbliche Kinderarbeit verbietet, hat nach zwei Richtungen hin gewirkt: sie hat die Ernährung einer größeren Kinderzahl erschwert, da die Schulkinder nicht mehr regelmäßig mitverdienen, und sie hat so die Frau mehr als vorher in das Erwerbsleben gezwungen. Beides ökonomische Gründe für eine Beschränkung der Geburten. Auch die durch bessere, gesundere Wohnungen, ärztliche Behandlung in Krankheitsfällen und hygienische Verbesserungen erzielte Minderung der Sterbefälle mußte zu einer Geburtenbeschränkung führen, da beschränkte Einnahmen nicht unbeschränkte Zunahme der Esser gestatteten, wenn nicht der Anteil, der auf den Kopf der Verzehrer entfiel, schließlich zu klein werden sollte.

Der Rückgang der Geburten war und ist noch heute auf dem Lande geringer als in den Städten. Er fiel in Preußen in den Städten von durchschnittlich 38,66 auf 1000 Einwohner in den

Jahren 1876—1879, auf 29,1 in den Jahren 1906—1910, auf dem Lande dagegen von 39,61 in der gleichen Zeit auf 35,18. Aber auch in der Landbevölkerung macht sich immerhin, wie diese Ziffern zeigen, die gleiche Tendenz bemerkbar wie in den Städten. Ihr langsameres Tempo ist auf den tieferen Stand des allgemeinen Lebensniveaus und auf die leichtere Ernährungsmöglichkeit zurückzuführen. Der Rückgang auf dem Lande macht sich besonders in der bäuerlichen Bevölkerung bemerkbar, namentlich dort, wo gesetzlich oder gewohnheitsmäßig das Anerbenrecht gilt, weil die wirtschaftliche Sicherung des Hoferben die Existenz der übrigen Kinder um so unsicherer gestaltet, je mehr es sind. Das rapide Steigen der Bodenpreise und die Knappheit verkäuflichen Landes trug viel zu dem Geburtenrückgang bei. Auch für die bäuerliche Bevölkerung war die Unsicherheit der Existenz der von der Scholle gelösten Nachkommen ein Grund zur Beschränkung des Nachwuchses.

Bei den Landarbeitern, die noch eine fast ungegliederte einheitliche Schicht bilden, war ein Zurücksinken in schlechtere Lebensverhältnisse wegen der starken Abwanderung in die Städte nicht zu befürchten, daher die ziemlich gleichmäßig starke Kinderproduktion.

So hat sich auch, wenn man mit Helfferich einen wachsenden Wohlstand unseres Volkes in allen seinen Teilen und wachsende Einnahmen annimmt, der Geburtenrückgang aus psychologischen Gründen, die in ökonomischen Ursachen wurzelten, in fast allen Schichten des Volkes naturgemäß vollzogen. Eine besondere Erscheinung bleibt jedoch die Tatsache, daß eine in unserem Wirtschaftsleben sehr starke Erwerbsgruppe, die der Festbesoldeten, in der Erhöhung ihrer Bezüge nicht gleichen Schritt mit der Verteuerung der Lebensmittel halten konnte. Die Gehaltserhöhungen der breiten Beamtenmassen kamen stets erst lange nach der Verteuerung und blieben auch noch dann teilweise hinter dieser zurück. Die Privatbeamten haben sogar eine Minderung ihrer Bezüge erfahren, wenn die Ziffern der Regierungsdenkschrift des Jahres 1907, die auf Erhebungen am 15. Oktober 1903 beruhten, einigermaßen zuverlässig sind. Die Denkschrift bezifferte das Durchschnittsgehalt der männlichen Privatangestellten mit unter 5000 *M* Jahresverdienst auf 2064,51 *M*, während die Veranlagung

zur Angestelltenversicherung im Jahre 1913 nur ein Durchschnittsgehalt von 1941 ℳ, also in 10 Jahren ein Sinken um 123,50 ℳ ergab. Zieht man in Betracht, daß in dieser Zeit der nötigste Lebensbedarf um 25—30% gestiegen ist, so ergibt sich eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Privatbeamten in diesen zehn Jahren, die im Geldwert durchschnittlich auf mindestens 500 ℳ jährlich zu veranschlagen ist. Dabei sind erhöhte Schulgelder und die Beiträge zur Angestelltenversicherung (4% also rund 80 ℳ durchschnittlich jährlich) noch nicht mit einbezogen. Die Geburtlichkeit ist bei den verheirateten Privatbeamten denn auch ungewöhnlich niedrig. Während eine Statistik (Nr. 703 der Reichstagsdrucksachen 13. Legislaturperiode I. Sem. 1912/13) für die Unterbeamten der Reichspost- und Telegraphenverwaltung 2,35, für die mittleren Beamten der gleichen Verwaltung 1,83 und für die höheren Beamten 1,73 Kinder auf ein Ehepaar als Durchschnitt nachweist, beträgt nach den Feststellungen der Veranlagung zur Privatbeamtenversicherung die Zahl der verheirateten Privatbeamten mit Einkommen unter 5000 ℳ 540 000 mit nur 430 000 Kindern unter 18 Jahren. Selbst wenn man die Zahl der Kinder über 18 Jahre ziemlich hoch veranschlagen würde, würde sich bei den Privatbeamten die durchschnittliche Kinderzahl wohl nur sehr wenig über 1 pro Ehepaar erheben, sicherlich aber noch nicht einmal eine Höhe wie bei den h ö h e r e n Post- und Telegraphenbeamten erreichen. Neben dem Rückgang des Einkommens trägt dazu allerdings recht wesentlich wohl auch die U n s i c h e r h e i t i h r e r S t e l l u n g b e i , die von der wirtschaftlichen Konjunktur, einem Besitzwechsel, ja einer Laune des Arbeitgebers in viel höherem Maße abhängig ist, als die des Arbeiters.

Neben den auf der ökonomischen Grundlage fußenden psychischen Beweggründen treten alle anderen für die bedauerliche Erscheinung vorgebrachten Gründe zurück, oder bleiben, wie Putzsucht, Trägheit, Vergnügungssucht der Frauen, Zunahme des Angebots an Präventivmitteln, Abnahme der Religiosität, Abnahme der Gebärfähigkeit infolge des Anwachsens der Geschlechtskrankheiten usw. sekundäre Begleiterscheinungen. Bei manchen von ihnen wird man mit Fug sagen können: p o s t hoc nicht p r o p t e r hoc!

Wenn man also der weiteren Abnahme der Geburten vorbeugen will, wird man vor allem dort einsetzen müssen, wo die Grundursache des Übels liegt, bei der Unsicherheit der ökonomischen Lage der breiten Volksmassen. Ob das möglich ist, ist eine andere Frage.

III.

Die religiöse Geschlechtsethik und ihr Einfluß auf die Volkszunahme.

Das Wachstum eines Volkes hängt von seinen wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten ab und seine Geschlechtsethik paßt sich diesen Entwicklungsmöglichkeiten an. Doch gibt es niemals eine einzige ethische Strömung. Ebenso wie im wirtschaftlichen Aufstieg schon retardierende Elemente vorhanden sind, wie sie sich in der größeren Existenzunsicherheit gehobener Schichten finden, so zeigt sich auch im Aufstieg einer ethischen Idee stets schon die Strömung, die berufen ist, sie abzulösen, wenn sie ihren Höhepunkt erreicht hat. So finden wir im stärksten Wachstum eines Volkes die geistige Disposition für eine Geburtenbeschränkung und in Zeiten eines starken Geburtenrückgangs das Streben weiter Volkskreise nach größerem Wachstum der Geburtenziffer.

Das ist nichts Unnatürliches.

Starke Volksvermehrung beengt dem Einzelnen den Raum zu freier Entfaltung seiner Kräfte, wird also als Behinderung seiner Bewegungsfreiheit empfunden. Es bildet sich bei ihm daher naturgemäß die Überzeugung, daß diese Hemmung seiner wirtschaftlichen und geistigen Betätigung nicht nur ihm allein, sondern auch der Gesamtheit schädlich ist. Da gleiche Ursachen die gleiche Wirkung auf Viele ausüben, gewinnt die Anschauung eine immer größere Verbreitung, bis sie so allgemein wird, daß weite Kreise eine Minderung der Volkszahl für wünschenswert halten und zu einer Beschränkung der Geburten übergehen. Wie stark eine solche Bewegung werden kann, hat uns die Zeit vor dem Kriege gelehrt, in der nicht nur die Geburtlichkeit rasch sank, sondern oft genug der

Wunsch laut wurde, daß ein Krieg den Menschenzuwachs mindern möge. Als jedoch die Tendenz dieser Anschauung wirksam wurde, rief das Sinken der Geburtenziffer bereits eine starke Unterströmung in entgegengesetzter Richtung hervor; zunächst dort, wo man das geringere Wachstum des Volkes am raschesten spürte. Besorgnis, daß ein weiterer Rückgang die Wehrhaftigkeit des Reiches schwächen, Arbeitermangel in Industrie und Gewerbe eintreten könnte, bewirkten, daß man zunächst volkswirtschaftlich nüchtern zahlenmäßig auf die Gefahren des Geburtenrückganges hinwies, bis diese Hinweise bei Gefühlsmenschen auf fruchtbaren Boden fielen, die zu fanatischen Verkündern einer Ethik der Fruchtbarkeit wurden und weiteren Kreisen ihre Anschauung aufprägten. So lange noch die Unsicherheit der wirtschaftlichen Lage anhält, wird diese neubelebte Geschlechtsethik der Fruchtbarkeit sicherlich praktisch keine großen Erfolge zu verzeichnen haben. Sollten aber — wie anzunehmen ist — einige Zeit nach dem Kriege sich die wirtschaftlichen Lebensmöglichkeiten erweitern, dann ist die ethische Strömung bereits vorhanden, die eine große Fruchtbarkeit begünstigt.

Die Geschlechtsempfindungen, die der Fruchtbarkeit dienstbar sind, haben mit religiösem Fühlen sicherlich nichts gemein, sind ihnen völlig entgegengesetzte Gefühlspole. Und doch hat jede religiöse Richtung Einfluß auf die Geschlechtsethik zu erlangen gesucht und eine jede neue religiöse Bewegung hat zu Beginn nicht ohne Erfolg den Menschen Fruchtbarkeit gepredigt. Als Gottesgebot, wie die jüdische Geschlechtsethik der Genesis: „Seid fruchtbar und mehret euch!“, als Sittengesetz, wie bei den ersten Christen, bei den deutschen Protestanten der Reformationszeit, den Puritanern Englands in Cromwells Zeit und bei den Quäkern in Nordamerika. Bewußt oder unbewußt ist der Urgrund dieser religiösen Geschlechtsethik in dem Bestreben zu suchen, durch rasche Vermehrung die von ihnen vertretenen religiösen Ideen vor einer Ausrottung, den Menschenstamm, der ihnen anhängt, vor Vernichtung durch fanatische Feinde zu schützen, so stark zu werden, daß die Vertreter einer neuen religiösen Überzeugung zur Herrschaft gelangen. Nur eine starke Volksvermehrung konnte die Juden im Lande Kanaan, inmitten

feindseliger kriegerischer Stämme, vor dem Untergange bewahren, nur unerschöpfliche Fruchtbarkeit die Christen in den ersten Jahrhunderten vor völliger Ausrottung bei den Verfolgungen schützen, denen sie ausgesetzt waren, nur immer neue Geburten konnten den Protestantismus in der Zeit seiner schwersten Bedrängnis lebensfähig erhalten, konnten Cromwells Puritaner zur Macht bringen und die Quäker, die als Pioniere in den Urwäldern Nordamerikas sich ansiedelten, vor den Indianern schützen.

Solange der Erhaltungstrieb bewußt oder unbewußt mit eiserner Notwendigkeit die Fruchtbarkeit verlangte, blieben die Gebote einer religiösen Geschlechtsethik lebendig und wurden wirksam; auf der Höhe ihrer Macht jedoch vermag keine Religion — und das ist sicherlich merkwürdig — einen Schutz gegen eine Geburtenabnahme zu gewähren. Die Erklärung liegt in der schon erwähnten Gegensätzlichkeit einer der Erde entstrebenden Weltanschauung und dem an die Erde gebundenen Triebleben. Die Scheidung zwischen Metaphysik und Naturinstinkt ist schärfer als die zwischen Metaphysik und Erkenntnislehre, von der einst Fichte sprach.

Selbst das Judentum, das mit großer Zähigkeit am Überkommenen festhält, um inmitten rassefremder Völker seine Rasse zu schützen, hat es nicht vermocht, der religiösen Geschlechtsethik des alten Testamentes, die neben der zitierten Stelle der Genesis auch in den Psalmen („siehe, Kinder sind eine Gabe Gottes und Leibesfrucht ein Geschenk des Herrn") zum Ausdruck kommt, restlos Geltung zu verschaffen. F. A. Theilhaber weist in seinem Buche „Der Untergang der deutschen Juden"*) statistisch nach, daß der Geburtenrückgang der deutschen Juden sich weit rascher vollzieht, als der der Christen. In Preußen wurden nach Theilhaber im Durchschnitt jährlich geboren:

	auf 1000 Juden	auf 1000 Christen
1822—1840	35,49	40,01
1880—1900	24,81	38,26
1901—1904	18,77	35,44

*) München 1911.

Die Geburtlichkeit der preußischen Juden war also schon 1882—1840 geringer als die der Christen und sank von da ab bis 1904 mehr als dreimal so rasch, so daß sie noch unter die französische Geburtenziffer zurückfiel, die 1904 zirka 21 Geburten auf 1000 Einwohner betrug.

Die geistigen und wirtschaftlichen Faktoren, die die alte jüdische Geschlechtsethik unwirksam machten, waren eben stärker als die überkommene Sexualmoral. Nur dort, wo noch eine schlechte wirtschaftliche Lage und der fanatische Haß der rassefremden Bevölkerung das Judentum mit Ausrottung bedroht, wie in Rußland, Galizien, den Balkanländern, hat sich die alte Fruchtbarkeit der Rasse bisher erhalten. In Preußen war selbst vor der Judenemanzipation der Druck nicht mehr so groß, daß nur noch die Masse des Nachwuchses Schutz vor völkischer und religiöser Vernichtung bot, doch war im Ghetto die Fruchtbarkeit auch größer als nach der Befreiung daraus. Nach der Judenemanzipation jedoch brauchten sich die preußischen Juden nicht mehr durch die Zahl zu wehren; um aber innerhalb der Volksgemeinschaft, in der sie lebten, und die von Rassevorurteil und Abneigung nicht frei war, Geltung und die ihnen staatsrechtlich zugesicherte Gleichheit zu erlangen, mußten sie wirtschaftlich stark werden.

Das war ein Antrieb zur Minderung der Geburten, der stärker und rascher wirksam werden mußte, als die wirtschaftlichen Faktoren in der deutschen Volksgesamtheit. Dazu kam noch, daß den Juden die militärische und die Beamtenlaufbahn fast ganz verschlossen war, was die Unsicherheit, die Nachkommen auf dem erreichten Lebensniveau erhalten zu können, erhöhte.

Wie die religiöse Geschlechtsethik dem Judentum keinen Schutz vor einer Minderung der Geburten bot, hat auch die katholische Kirche, trotz ihres starken Einflusses auf die Seelen, auf dem Gebiete der Sexualethik niemals dauernde Erfolge gehabt. Es muß dabei noch besonders betont werden, daß der Katholizismus nicht dauernd die Fruchtbarkeit gefordert und begünstigt hat, sondern sich mehr als andere Religionen der Zeitströmung anpaßte.

Zur Macht gelangt, hat er im römischen und byzantinischen Reich sich in sexuellen Dingen recht duldsam gezeigt und die Ent-

artung, die das weströmische Reich dem germanischen, das oströmische dem Ansturm der Osmanen gegenüber widerstandsunfähig machte, nicht verhindern können. Im Mittelalter, in der Zeit seiner höchsten Macht, zeigte der Katholizismus sogar geradezu lebensverneinende und geburtenfeindliche Tendenzen. Man kann von der Sittenlosigkeit der Borgias und einzelner Funktionäre der katholischen Kirche und ihrer Orden ganz absehen — die wäre an sich noch nicht beweiskräftig — entscheidend aber ist die Verherrlichung der Ehelosigkeit und Keuschheit. Wenn eine Kirche die vollständige geschlechtliche Abstinenz für die höchste Vollkommenheit des Menschen erklärt, sie von Mönchen, Nonnen, Priestern und Ritterorden fordert, die Ehelosigkeit und das Keuschheitsgelübde mit einer Art Heiligenschein umgibt, dann mußte die Fruchtbarkeit des Volkes, das im Banne einer solchen Kirche stand, naturgemäß leiden. Die katholische Kirche hatte ja die Bibel dem Volke nicht zugängig gemacht. Trotzdem sie immer noch Grundlage der religiösen Lehre bleiben sollte, war doch das alte Testament mit seinem Gebot: „Seid fruchtbar und mehret euch!“ und dem Psalm „Kinder sind eine Gabe Gottes“ über der Überlieferung vergessen, daß Christus und seine Jünger ehelos blieben und die Gottesmutter eine Jungfrau war.

Ich habe schon früher ausgeführt, daß diese Sexualmoral wirtschaftlichen Notwendigkeiten entgegenkam. Direkt allerdings wirkte sie mehr auf die oberen Schichten als auf die breiten Massen des Volkes. Wenn der Herrenstamm kräftig bleiben sollte, durfte der Besitz nicht in zu viele Teile zersplittert werden. Für den Adel war es daher vorteilhaft, wenn seine jüngeren Söhne und Töchter als Ordensritter, Mönche, Priester, Nonnen ledig blieben und keine erbberechtigte Nachkommenschaft erzeugen konnten. Selbst für den Erbherrn war eine zu hohe Kinderzahl nicht wünschenswert, da die Ausstattung, die er seinen jüngeren Kindern ins Klostergut mitgeben mußte, den Erben drückte, daher das jus primae noctis, das die katholische Kirche, trotzdem es ein Sakrament verletzte, ebenso tolerierte, wie später die Maitressen der französischen Ludwige und ihrer katholischen, deutschen Nachahmer.

Auch dem wohlhabenden Bürgertum hätte weitgehende Erbteilung die Macht geschmälert und zuletzt entwunden. Auch diese Kreise wurden daher von der geburtenfeindlichen Tendenz des mittelalterlichen Katholizismus beeinflußt und gaben Söhne und Töchter der Kirche hin, sie damit legal zur Unfruchtbarkeit verurteilend.

Noch später, als die Bauernbefreiung den Wohlstand auch der Bauernschaft gehoben, wurde es auch dort Sitte, Söhne und Töchter der Kirche zu geloben und in Tirol, in Oberbayern, im Elsaß und Westfalen gibt es wenige wohlhabende Bauernhäuser, aus denen nicht — trotz nur geringer Geburtenzahl — ein Sohn als Priester ehelos bleibt.

Aber der direkte Einfluß der ethischen Lehre von der Verdienstlichkeit geschlechtlicher Abstinenz konnte niemals eine so starke Wirkung ausüben, wie der indirekte. Da die Orden Mittellose nicht ohne weiteres aufnahmen (sie konnten zumeist nur als dienende Brüder oder Schwestern eintreten) war die Zahl der Zölibatäre immerhin beschränkt, die große Masse des Volkes wurde erst durch die *Folgeerscheinungen des Zölibats* in Mitleidenschaft gezogen.

Die Kirche brauchte zur standesgemäßen Erhaltung der Herrensöhne und Töchter, die ihr zugeführt wurden, und zur Aufrechterhaltung und Erweiterung ihrer Macht mehr als die Zinsen des Kapitals, das diese als Aussteuer einbrachten. Die Kirche suchte darum durch Erwerb und Erbgang mit großem Erfolg das Vermögen der Kirchen und Klöster zu vermehren. Die kirchlichen Stiftungen wohlhabender Bürger und Edelleute, die aus der Anschauung erwuchsen, daß die Ehelosigkeit der Priester, Mönche und Nonnen gottgefällig sei, kamen dem Streben nach Erhöhung des Kirchen- und Ordensvermögens zugut. So wuchs der kirchliche Besitz ins Riesenhafte und, da er damals zumeist in Grundbesitz bestand, so wurden immer größere Flächen dem Bauerntum entzogen, das von Rittern und Kirche unfrei gemacht wurde, um billige Arbeitskräfte zu gewinnen. Der Unfreie, an die Scholle Gebundene, aber konnte nicht beliebig großen Nachwuchs zeugen, dazu war sein Besitz zu klein. Und der Grundbesitzer mochte auch dem Bauern

nicht mehr Land zu eigener Bebauung einräumen, da damit seine Eigennutzung geschmälert wurde. Das führte naturgemäß zur Rationalisierung der Geburtenzahl seitens der Grundherren durch Ehebeschränkung der leibeigenen Bauern, die an eine Heiratserlaubnis ihres Herrn gebunden waren. Dort, wo der große Grundbesitz auch später unumschränkt das Zepter führte, da sehen wir's noch in neuerer Zeit. Fritz Reuter hat für Mecklenburg ergreifend in „Kein Hüsung" die Zustände geschildert, wie sie im Mittelalter unter der Herrschaft der katholischen Kirche und bei dem Landraub der Ritter und der Toten Hand ganz allgemein waren. Und in den Städten waren es Gilden und die Zünfte, die ehehemmend und geburtenhindernd wirkten, weil der Geselle ohne Gilden- oder Zunfterlaubnis sich nicht als Meister niederlassen durfte und als Geselle nicht heiraten konnte. Bauern, Kaufleute und Handwerker waren also zur Geburtenbeschränkung gezwungen, wenn ihre Kinder existenzfähig bleiben sollten. Übten sie die Geburtenbeschränkung nicht selber, dann mußte die Sterblichkeitsquote infolge der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse so hoch steigen, daß die Bevölkerungszahl im wesentlichen stabil blieb.

Im Mittelalter und über das Mittelalter hinaus hat so die katholische Kirche die Geburtlichkeit durch Verherrlichung der Ehelosigkeit und sexuellen Abstinenz, durch Vermehrung des Besitzes der Toten Hand und Verminderung des freien Grund und Bodens, durch Duldung und Begünstigung der Beraubung freier Bauern und ihre Verwandlung in Hörige, durch die Eheverbote an Hörige, durch Duldung des jus primae noctis und der sexuellen Ausschreitungen der Grundherren den Frauen ihrer Hörigen gegenüber ideell und materiell geburtenhemmend gewirkt und hat die Ehebande selbst damit gelockert, die sie im Dogma für heilig erklärte.

Damals war im Gegensatz dazu der Protestantismus die Religion der Fruchtbarkeit. Er wandte sich gegen Zölibat und Eheverbot, forderte Kinderreichtum nach den alttestamentarischen Geboten, weil er wachsen mußte, um seiner religiösen Überzeugung frei dienen zu können. Er war es auch, der in den Köpfen der Bauern die Gedanken an eine wirtschaftliche Befreiung wachrief. Luther zwar hat gegen die rebellischen Bauern gewettert, aber doch war er es,

der die Bewegung entfesselt hatte und Thomas Münzer und die anderen Bauernführer waren nur konsequenter als er den Weg weitergegangen, der der persönlichen Freiheit entgegenführte.

Freilich auch der Protestantismus war zur wirtschaftlichen Befreiung noch nicht stark genug, wenn er auch ihre Ideen befruchtet hat, erst der Atheismus, der mit seiner Verneinung jeder Autorität und jeder Schranke für die persönliche Freiheit die französische Revolution gebar, vermochte die Fesseln zu brechen, die der Fruchtbarkeit materielle Hemmungen brachten. Diese Fesseln fußten zwar auf materiellen Gründen, sie wurden jedoch zweifellos durch die katholische Ethik noch gefestigt.

Auch wenn wir in neuerer Zeit den Einfluß der katholischen Kirche auf die Geburtlichkeit untersuchen, werden wir schwerlich die These Julius Wolfs annehmen können, der der katholischen Religion einen großen Einfluß auf die Bevölkerungszunahme zuspricht, weil sie „dem Menschen die Befugnis abspricht, Gott in den Arm zu fallen", obwohl selbst ein volkswirtschaftlich ernst geleitetes Blatt, wie die „Frankfurter Zeitung" sich den Gedankengang noch kürzlich zu eigen machte, indem sie (Nr. 122, Abendblatt vom 3. Mai) schrieb:

> „Es ist eine bereits geläufige Tatsache, daß in Deutschland die Katholiken mehr Kinder haben, als die Protestanten; im allgemeinen besitzt eine katholische Familie ein Kind mehr."

Wäre die katholische Religion im Gegensatz zum Protestantismus imstande, die gewollte Geburtenbeschränkung zu hindern, so müßte nicht nur in Deutschland, sondern in allen katholischen Ländern die Geburtlichkeit eine stärkere sein als in den protestantischen Ländern. Das ist jedoch, wie Julius Wolf selbst*) durch einwandfreies statistisches Material nachgewiesen hat, nicht der Fall. Während Deutschland (1909) noch 32,0, die überwiegend protestantische Schweiz (1909) 26,5, Holland (1910) 29,8 Geburten auf 1000 Einwohner aufweist, beträgt die Geburtenzahl im streng katholischen Belgien (1909) nur noch 24,8, im gleichfalls in der Hauptsache katholischen Irland (1910) nur 23,3 auf 1000 Einwohner, in

---

*) „Der Geburtenrückgang", Jena 1912.

Frankreich — das Volk nicht ganz mit Recht als ausgesprochen unkirchlich bezeichnet, während in der Landbevölkerung die Kirche noch großen Einfluß hat — (1910) gar nur 20,6 auf 1000 Einwohner. Ein Beweis dafür, daß bei Belgiern, Iren und Franzosen physische Ursachen die schwache Geburtlichkeit bedingen, ist schwerlich zu erbringen. Aber selbst die Tatsache, daß in Deutschland die Geburtenziffern in katholischen Gebieten durchschnittlich höhere sind als in protestantischen, ist kein Beweis dafür, daß bisher der Einfluß der katholischen Kirche sich der Geburtlichkeit förderlich erwies. Man muß dabei berücksichtigen, daß in Bayern, Westfalen, Posen, Westpreußen in der Hauptsache die ländliche Bevölkerung in verhältnismäßig dünn bevölkerten Landstrichen die hohe Geburtlichkeit zeigt, während in dem überwiegend katholischen, jedoch schon stark industrialisierten Schlesien die Geburtlichkeit auf dem Lande 1906—1910 mit durchschnittlich 104 Geburten jährlich auf 1000 gebärfähige Frauen im Alter von 15—45 Jahren nicht nur weit unter dem Durchschnitt der zu 95% protestantischen Provinz Schleswig-Holstein blieb, die auf 1000 gebärfähige Frauen in dem erwähnten Alter noch 151,45 Geburten aufwies, sondern sogar unter der Landbevölkerung Brandenburgs mit 119 Geburten auf 1000 gebärfähige Frauen.

Freilich die Geschlechtsethik der katholischen Kirche ist anpassungsfähiger als die irgend einer anderen Konfession. Wie sie, als Geburtenbeschränkung für die damalige Kulturwelt oder für einzelne Schichten der Bevölkerung notwendig war, direkt und indirekt für die Ehelosigkeit und geschlechtliche Enthaltsamkeit eingetreten ist, und wie sie in der Zeit, als schon die Rationalisierung der Geburten eine Rolle zu spielen anfing, sich indifferent, wenn nicht entgegenkommend zeigte, so hat sie jetzt, als in einem Kreise sich verantwortlich fühlender Führer unseres Volkes eine energische Propaganda gegen die Geburtenbeschränkung einsetzte, sich in schärfster Weise gegen die Geburtenbeschränkung ausgesprochen. Im Hirtenbrief der deutschen Bischöfe vom 20. August 1913*) heißt es:

*) Oskar Wingen, „Die Bevölkerungstheorien der letzten Jahre". Stuttgart und Berlin, J. G. Cottasche Buchhandlung Nachf.

„Man will die ehelichen Rechte ausüben, ohne die ehelichen Pflichten auf sich zu nehmen. Zügelloses Begehren, kalt berechnende Selbstsucht und Habsucht, feige Scheu vor Mühen und Opfern verführt dazu, daß man frevelhaft dem Schöpferwillen Trotz bietet, die Natur vergewaltigt, den Hauptzweck der Ehe vereitelt, sie entweiht, verunstaltet, mit Unfruchtbarkeit schlägt, die Kinderzahl vermindert, ja durch Vernichtung des keimenden Lebens geradezu zum Mörder wird."

Daß diese energische Stellungnahme zur Geburtenbeschränkung in gewissem Sinne eine Wandlung darstellt, wird man zugeben müssen, da noch 1842, als Bischof Bouvier von Le mons dem Papste Gregor XVI. die Frage der fakultativen Sterilität unterbreitete, die Curia Sacra Poenitentaria erklärte, daß beim Coitus interruptus, die Frau, die von ihrem Manne gezwungen ist, keine Todsünde begehe. (Havelock Ellis in Geschlecht und Gesellschaft, II. Teil S. 378/80.) Bemerkenswert ist dabei, daß der Bischof die Befürchtung ausgesprochen hatte, daß, falls man die Konzeptionsverhütung als Todsünde behandelte, die Beichtkinder vom Beichtstuhle fernbleiben könnten, und die Curia Sacra Poenitentaria demgegenüber darauf verwies, daß schon Liguori betont habe, daß der Beichtvater nicht verpflichtet sei, über das debitum conjugale zu inquirieren.

Es ist also 1842 offiziell empfohlen, der Empfängnisverhütung gegenüber duldsam zu sein, sie tunlichst unbeachtet zu lassen. Und man ging noch weiter. Der Jesuit A. Lehmkuhl riet in seiner Theologia moralis (Freiburg i/Br. 1885 Wingen, Die Bevölkerungstheorien der letzten Jahre, S. 162) „Eheleuten, die eine zahlreiche Nachkommenschaft befürchten", diejenige Zeit für ihr eheliches Recht zu benützen, während welcher die geringste Aussicht für Befruchtung besteht, d. h. von einigen Tagen vor Beginn der Menstruation an bis volle 14 Tage nach Beginn derselben. Daß das empfohlene Mittel wirksam ist, wird zwar von Forel und anderen ärztlichen Autoritäten bestritten, aber die Curia Sacra Poenitentaria hat das Mittel, das auch noch 1896 von dem Pastoralmediziner Capellmann in seiner Broschüre „Fakultative Sterilität ohne Ver-

letzung der Sittengesetze" (Aachen 1896) empfohlen wird, ausdrücklich f ü r e r l a u b t erklärt. Die maßgebende katholische Instanz hat also noch vor 20—30 Jahren den W i l l e n zur Unfruchtbarkeit gebilligt und damit einen dem Hirtenbrief der deutschen Bischöfe entgegengesetzten Standpunkt eingenommen.

Mit Recht weist der ehemalige katholische Pfarrer Joseph Leute*) darauf hin, daß das Motiv das gleiche ist, wie bei den Neomalthusianern und daß katholische Frauen, die dieses Mittel ohne Erfolg angewandt haben, unbedenklich zu sicheren Mitteln greifen.

Man kann also von der katholischen Sexualethik nicht behaupten, daß sie einer Einschränkung der Fruchtbarkeit entgegensteht, man kann vielmehr nur feststellen, daß sie der großen Kurve, in der die Volkszunahme, wirtschaftlichen Gesetzen folgend, steigt oder fällt, sich besser anpaßt, als die religiöse Geschlechtsethik anderer Konfessionen.

Die verschiedenen protestantischen Bekenntnisse haben eigentlich niemals auf die Geschlechtsethik einen anderen Einfluß gesucht, als den, d e r E h e e i n e n b e s o n d e r e n S c h u t z z u g e w ä h r e n, indem sie vielleicht schärfer noch als die katholische Kirche des Mittelalters die uneheliche Geburt verfehmten. Da ihnen die Ehelosigkeit nicht als verdienstlich galt, diese im Gegenteil in den glaubensstrengen Gemeinden des jungen Protestantismus eine Minderung des Ansehens und des Rechtes mit sich brachte, und da der unfruchtbare außereheliche Geschlechtsverkehr durch strenge Aufsicht fast unmöglich gemacht wurde, hatte das praktisch den Erfolg, daß die Geburtlichkeit der Protestanten damals weit stärker war, als die der Katholiken. Sie heirateten jung und waren infolge ihrer Nüchternheit und ihres Fleißes, zumal ihnen auch die geringere Zahl der Feiertage zu statten kam, wirtschaftlich entwicklungsfähiger als die Katholiken. Dazu kam, daß — wie nach Professor Abderhaldens geistvoller Theorie ein Körper selbst sich vor Vergiftung schützt, indem er in das Blut eindringenden Giften gegenüber Gegengifte bildet — sie den Verfolgungen ihrer Feinde gegenüber, wie die Juden und ersten Christen, sich durch starke Volkszunahme schützten.

---

*) „Das Sexualproblem und die katholische Kirche." Frankfurt 1908.

Wir können das auch heute noch an manchen Sekten sehen. Am lehrreichsten ist wohl die Geschichte der Menoniten, die unter den blutigsten Verfolgungen ihre Lebenskraft behielten, in Rußland inmitten fremder Volksstämme auch fruchtbar blieben, in Deutschland aber, als sie, nicht mehr bedrückt, sich nicht mehr fest in ihren Gemeinden zusammenschlossen, erheblich an Fruchtbarkeit einbüßten und in ihrer Zahl zurückgingen.

Im ganzen kann man immerhin behaupten, daß jede Religion, so lange sie noch, unter dem Drucke einer starken Bekämpfung, nach Erweiterung ihrer Macht strebt, der Fruchtbarkeit günstig ist, daß aber jede religiöse Geschlechtsethik nur dann in Wirklichkeit die Volkszunahme fördert, wenn die wirtschaftlichen Vorbedingungen gegeben sind. Wo Religionskämpfe, die die Minderheiten zu einer Stärkung ihrer Zahl zwangen, nicht mehr vorkommen, wie bei uns, wird die Geburtlichkeit vom religiösen Bekenntnis kaum noch wesentlich beeinflußt.

IV.

Die Vorschläge zur Hebung der Geburtlichkeit.

Die Rationalisierung des Sexuallebens nennt Julius Wolf die gewollte Beschränkung der Geburten. Er hat nicht unrecht, aber — würde die Regelung der Geburtlichkeit von Staats wegen nicht gleichfalls den Trieb ausschalten und das unbewußte, heiße Verlangen, das sich an keine Regel binden läßt, in ein nüchternes Rechenexempel wandeln? Der Staat braucht Menschen. Wir haben es im Krieg gesehen, daß die Zahl allein zwar nicht ausschlaggebend, aber wichtig ist; also r e c h n e , junges Menschenkind: Du mußt mindestens 3,75 Kinder mit deinem Ehepartner zeugen, sonst hast du deine Pflicht gegen den Staat nicht getan. — Ist das keine Rationalisierung?

Was aber hat der Staat, der diese Rationalisierung fordert, bisher getan, um die Geburtenzahl zu fördern? Wenn wir uns aufmerksam umschauen, gar nichts. Im Gegenteil! Die gesetz-

liche Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel, die Steigerung der Ansprüche an Schulbildung, die im Berechtigungswesen liegen, und die Erhöhung des Schulgeldes haben geburtenhemmend gewirkt. Die Steuerermäßigung, die das sogenannte „Kinderprivileg“ bringt, schafft dafür keinen Ausgleich. In Preußen hatten 1912 unter 15 701 000 steuerpflichtigen Personen nur 236 000 ein Einkommen von über 6000 *M*, 548 000 ein Einkommen von 3000—6000 *M*. Bei 6000 *M* Einkommen aber beträgt die Ermäßigung um eine Steuerstufe für die Staatseinkommensteuer nur 14 *M*, der Gemeindesteuerzuschläge (wenn man den für den Frieden schon hohen Zuschag von 200% annimmt) 28 *M*; bei zwei Steuerstufen 28 bezw. 56 *M*; im ganzen also bei einer Steuerstufe 42, bei zwei 84 *M*, bei drei 126 *M* jährlich. Bei Einkommen von 3000 *M* beträgt die Ermäßigung an Staatssteuern für eine Stufe 8, für zwei 16, für drei 21 *M*, der ganze Steuernachlaß, die Kommunalsteuerzuschläge eingeschlossen, durchschnittlich also nur 24,48 bezw. 63 *M*. Was will das sagen, wenn man mit Gruber*) die durchschnittlichen Aufzuchtskosten eines Arbeiterkindes in München (in den anderen Großstädten werden sie nicht weniger hoch sein) mit 300 *M* jährlich veranschlagt. Die Aufzuchtkosten eines Arbeiterkindes würden damit den Steuernachlaß selbst bei mittlerem Einkommen um das Zehnfache übersteigen. Die Aufzucht eines Kindes kostet dem Mittelstande jedoch zweifellos erheblich mehr als 300 *M* jährlich. Der Steuernachlaß bei diesem beträgt noch nicht einmal soviel als die Erhöhung des Schulgeldes an den höheren Schulen in den letzten 30 Jahren. Während noch in den achtziger Jahren das jährliche Schulgeld auf den Gymnasien 90—100 *M* betrug, beträgt es heute durchschnittlich 130 *M* jährlich, ist also um 30—40 *M* und mehr erhöht. Das Schulgeld für die höheren Mädchenschulen, damals 60 *M*, stieg sogar um mehr als 60 *M* jährlich. Auch andere Schultypen, Mittelschulen, Realschulen usw. weisen starke Schulgelderhöhungen auf. Wer also nüchtern rechnet, wird in der Steuer-

*) Ursachen und Bekämpfung des Geburtenrückgangs. J. F. Lehmanns Verlag 1914.

ermäßigung des Staates keinen Anreiz finden, Kinder in unbeschränkter Zahl zu erzeugen.

Trotzdem nun vielfach die ökonomischen Ursachen des Geburtenrückganges mit dem Hinweis auf zunehmenden Reichtum und erhöhtes Einkommen aller Erwerbsschichten geleugnet werden, gehen merkwürdigerweise positive Vorschläge, die dem Geburtenrückgang steuern wollen, zumeist wie der Steuernachlaß von der Anschauung aus, daß der Staat durch ökonomische Vorteile einen Anreiz zur Erhöhung der Kinderzahl bieten muß. Geheimrat Professor Dr. v. Gruber, der in seiner schon zitierten Schrift „Ursachen und Bekämpfung des Geburtenrückganges im Deutschen Reiche" das Wachsen und die Vertiefung der Volksbildung, die Zunahme des Nationalreichtums, die Überschätzung von materiellem Besitz und Genuß, die Steigerung der Lebensansprüche, Scheu der Arbeiterfrau vor Kindern, Erwerbstätigkeit der Frau, zunehmende Propaganda des Neomalthusianismus und die Antikonzeptionsmittel, ja in Ziffer 7 seiner Leitsätze sogar den Individualismus und die Frauenemanzipation für den Geburtenrückgang verantwortlich macht, wobei er Egoismus — wie das heute allzuhäufig geschieht — mit Individualismus verwechselt und die ökonomischen Ursachen der Frauenbewegung ignoriert, will durch Erziehungsbeiträge und Elternpensionen den Anreiz zur Erhöhung der Geburtenziffer geben. Die Erziehungsbeihilfen sollen bis zum 14., in verminderter Höhe eventuell bis zum 21. Lebensjahre vom Staate gezahlt werden und etwa ein Drittel der Aufzuchtkosten decken. Die Elternpensionen sollen vom 50sten oder 60sten Lebensjahre den Eltern als Entgelt für den Entgang der Zinsen des Kapitals gezahlt werden, das bei geringerer Kinderzahl hätte erspart werden können.

So inkonsequent diese Vorschläge sind, wenn man in der Hauptsache die ökonomischen Ursachen des Rückgangs der Kinderzahl leugnet — Gruber gibt sie nur insoweit in seinen Leitsätzen zu, als er in Ziffer 10 und 11 die Ausschaltung der Kinder als Erwerbsquelle und die städtische Wohnungsnot als solche Ursachen gelten läßt —, so sind sie doch ernst zu nehmen, wenn man die ökonomischen Fragen als Hauptgrund des Geburtenrückgangs an-

sieht. Es fragt sich nun zunächst, ob die gewaltigen Summen, die dazu nötig sind, aufgebracht werden können, ohne neue Belastungen für die kinderreichen Familien zu schaffen, die ihnen in Form von direkten und indirekten Steuern wieder nehmen, was sie an Staatszuschüssen für die Aufzucht einer größeren Kinderzahl erhalten. Gruber schätzt die Höhe der Staatszuschüsse für das Reichsgebiet auf 840 Millionen für Erziehungsbeihilfen und 260 Millionen für Elternpensionen jährlich. Ob er richtig gerechnet hat, können wir dabei unberücksichtigt lassen, obwohl sich schon insofern ein Widerspruch in seiner Rechnung findet, als er die Aufzuchtkosten mit nur 200 *M* jährlich im Durchschnitt annimmt, während er sie bei einer Arbeiterfamilie in München auf 300 *M* beziffert. Die Frage kann nur lauten: Wie soll die ungeheure Summe von 1,096 Milliarden aufgebracht werden? Gruber will sie durch direkte Sonderbesteuerung der Ledigen, kinderlosen und kinderarmen (ein Kind) Ehepaare, sowie der Militäruntauglichen, ferner durch Besteuerung der Erbschaften, Luxus- und Vergnügungssteuern und Besteuerung des arbeitslosen Renteneinkommens aufgebracht wissen.

Da die Familien mit mehreren Kindern dieser Sonderbesteuerung des Einkommens und Vermögens nicht unterliegen, würde die von ihm vorgeschlagene direkte Steuer einen *weit geringeren Personenkreis treffen als die Wehrsteuer*, müßte also *um ein Mehrfaches höher sein*; selbst wenn wir davon absehen, daß infolge des Krieges der Bedarf des Reiches und mit ihm die Steuerlast gewaltig wachsen wird, bleibt es doch fraglich, ob selbst vor dem Kriege eine so hohe Besteuerung einer verhältnismäßig kleinen Gruppe möglich gewesen wäre. Man muß dabei berücksichtigen, daß *die jungen Leute* — und aus diesen würde das Gros der *Steuerträger*, der Unverheirateten und der jüngeren Ehepaare doch bestehen, — in den Arbeiter- und Kleinbürgerkreisen *kein nennenswertes Vermögen* und *ein immerhin kleines Einkommen* hatten, in den Kreisen der Bemittelten gar aber vielfach noch *ohne eigenes Vermögen* und *ohne eigenes Einkommen waren*. Wenn man aber bei der Besteuerung des Einkommens die Grenze *niedrig* zieht, *verhindert*

man gleichzeitig auch Ersparnisse, die eine Familiengründung erleichtern. Luxus- und Vergnügungssteuern bringen erfahrungsgemäß wenig, überdies sind die Vergnügungssteuern bereits von den Kommunen mit Beschlag belegt. Und bei den Erbschaftssteuern müßten die kleinen Erbteile gleichfalls ausgenommen sein, wenn man nicht ihre Wirkung zur Erleichterung der Familienbildung einschränken will.

Man hat zwar mehrfach auf den hohen Alkoholverbrauch in Deutschland hingewiesen, der jährlich drei Milliarden verschlingt, und mancher glaubt, daß man nur diesen einzuschränken brauchte, um Geld für große Aufgaben freizubekommen. Es fragt sich nur, wie man die Einschränkung erzwingen will. Eine hohe Besteuerung des Alkohols würde wohl den Konsum verringern, den Preis jedoch so verteuern, daß eine Ersparnis nicht erzielt wird. Auch eine starke Besteuerung des Einkommens und des gesamten Verbrauchs an Lebens- und Genußmitteln würde schwerlich den Alkoholverbrauch erheblich verringern, ist es doch eine bekannte Tatsache, daß der Alkoholkonsum nicht mit der Besserung der Lebenshaltung gestiegen, sondern gefallen und daß er durchschnittlich dort am größten ist, wo das Familieneinkommen am niedrigsten blieb. Es ist also kaum zu erwarten, daß die hohe Besteuerung, die zur Durchführung der Gruberschen Vorschläge notwendig wäre, durch Ersparnisse beim Alkoholgenuß auch nur teilweise aufgewogen würde. Dabei fällt noch ins Gewicht, daß eine Einschränkung der Alkoholindustrie durch die wirtschaftlichen Umwälzungen in ihrem Gefolge Unternehmern und Arbeitern die Existenz und damit die Vergrößerung der Familie erschweren würde.

In der Richtung der Gruberschen Vorschläge bewegen sich auch die Forderungen, die jetzt im Kriege Dr. med. H. Paull in seiner Schrift „Die neue Familie"*) aufgestellt hat. Er will dem Reiche nicht durch Steuern, sondern durch eine Familienversicherung die Mittel zur Unterstützung kinderreicher Familien ver-

*) Der deutsche Krieg. Politische Flugschriften. 61. Heft. Herausgegeben von Ernst Jäckh. Stuttgart-Berlin, Deutsche Verlagsanstalt.

schaffen. *Beitragspflichtig* soll jeder männliche und weibliche Reichsangehörige mit eigenem regelmäßigen Verdienst, *spätestens aber vom 17. Lebensjahre ab*, sein und die Beitragspflicht bis zur Geburt des ersten Kindes dauern. Da die Beitragspflicht aller nach Vollendung des 17. Lebensjahres noch nicht Verdienenden auf die Eltern fallen soll, würde damit einer breiten Volksschicht, die teilweise durchaus nicht bemittelt ist, *zu den bisherigen Lasten eine neue* aufgebürdet werden. Im gehobenen Mittelstande müssen heute ja die Kinder häufig genug noch bis weit über das 17. Lebensjahr von den Eltern erhalten werden. Abgesehen von dieser Inkonsequenz und davon, daß dem Paullschen Vorschlage jede statistische Grundlage über die Höhe der Beiträge und der Beihilfen, die daraus an kinderreiche Familien gezahlt werden könnten, fehlt, ergibt sich die *volkswirtschaftliche Unhaltbarkeit* der Forderung schon aus Folgendem: Die *pflichtgemäßen Beiträge* sollen, soweit sich aus den ziemlich unklaren Ausführungen ersehen läßt, *kapitalisiert* werden, auf die Zinsen der von ihnen selbst eingezahlten Beträge aber nur *Ehepaare* Anspruch haben, und auch diese nur bis zu einem Zinssatz von 3—4%. Dr. Paull rechnet auf eine höhere Verzinsung und will nun den erwarteten Zinsüberschuß einer Familienkasse zuführen und an Familien *mit Kindern* pro rata der Kinderzahl verteilen. Er übersieht vollständig, *daß die Kapitalisierung der Beiträge, die nach seinem Vorschlage in keinem Falle zurückgefordert werden dürfen, den Vermögensbestand der Versicherung lawinenartig mehren und so bald zu einer so vollständigen Aufsaugung des Kleinkapitals* führen müßte, die das wirtschaftliche Fundament vieler selbständiger Existenzen untergraben würde. Nebenbei will er die *Heiratserlaubnis* von einem *Mindestkapitalbesitz von 700 M* abhängig machen, die allerdings in einem entsprechenden Guthaben an eingezahlten Beiträgen bei der Versicherung und aufgelaufenen Zinsen bestehen könnten. Während er die *ehelichen* Geburten mehren will, würde er damit die Eheschließungen erschweren.

Das sind im wesentlichen die neuen Vorschläge auf ökonomischem Gebiet, die dem Geburtenrückgang Einhalt tun sollen. Es ist bezeichnend, daß sie von Ärzten kommen, während die Volkswirte sich wohlweislich gehütet haben, derart phantastische Pläne zu entwickeln, die obendrein den Fehler haben, daß sie im günstigsten Falle einen zeitweisen Erfolg haben, da — wenn die Menschenzahl auf engem Bodenraum sich stark mehrt, — der verschärfte Konkurrenzkampf und die Existenzsorge für das heranwachsende Geschlecht immer wieder zurückhaltend auf die Volkszunahme wirken müßte. Deshalb sind auch die von Volkswirten und Politikern schon lange vor Gruber vorgeschlagenen, von Gruber gleichfalls gewünschten Maßnahmen — so große Vorzüge sie einer direkten Kinderprämie gegenüber haben — kein absolutes Allheilmittel. Immerhin haben Familienheimstätten, Erleichterung der Heiratsmöglichkeit bei Offizieren, Kleinwohnungsbau, innere Kolonisation, Berücksichtigung des Familienstandes bei der Gehaltsabstufung, in begrenztem Maße Aussicht, die Lebensbedingungen der Nachkommenschaft eines Teiles der Bevölkerung zeitweise zu verbessern und damit einen Anreiz zu größerer Fruchtbarkeit zu geben, ohne der Gesamtheit neue große Lasten aufzubürden. Nur darf man davon *keine grundsätzliche Änderung* der Tendenz zur Beschränkung der Geburtenzahl und keine *dauernde* Wirkung erwarten. Wenn Dr. Paull, dessen Versicherungsvorschläge seine völlige Unkenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse zur Genüge charakterisieren, verlangt, daß man selbständige Beamtenstellen Unverheirateten verschließen solle, so ist das wohl nicht ernst zu nehmen, da man damit dem Staate, den Gemeinden und dem Reiche manche wertvolle, ja vielleicht unersetzliche Kraft entziehen würde.

Obwohl man geistige Bewegungen (wie Individualismus, Irreligiosität, Materialismus, Frauenemanzipation) und Geistesentartung (Trägheit der Frauen, Putz- und Vergnügungssucht) in der Hauptsache für den Geburtenrückgang verantwortlich machen möchte, sind die Vorschläge, die einen ideellen Anreiz zum Wandel der Geburtenscheu in einen starken Willen zur Fruchtbarkeit bieten sollen, recht dürftig. Es klingt beinahe drollig, wenn Gruber dem Vater von drei Kindern, Paull schon dem Ehemann ein Mehrstimmenwahl-

recht zubilligen will, während beide als Gegner der Frauenbewegung der Mutter, auch wenn sie zehn Kindern das Leben gab, das Wahlrecht versagen. Paull will dagegen jedem unverheirateten Staatsbürger sein Wahlrecht nehmen. Kann wirklich jemand glauben, daß er damit vermehrte Heiratslust und volle Wiegen schafft? Und kann jemand, der im politischen Leben steht, glauben, dem Staate damit einen Dienst zu erweisen, wenn den Unverheirateten die Möglichkeit genommen wird, im öffentlichen Leben mitzuwirken? Es sind das törichte Monomanien, die sich ja, Gott sei Dank, nie in die Wirklichkeit übertragen lassen.

Ebensowenig ernst klingt der Grubersche Vorschlag, den Müttern von drei Kindern einen offiziellen Ehrentitel, etwa „Fraumutter“ zu geben. Geheimrat Gruber hat damit eine Forderung modifiziert, die von der von ihm verfehmten Frauenemanzipation ausging und den Titel „Frau“ für jedes erwachsene Weib beanspruchte. Daß der Titel jedoch irgendeine Frau reizen könnte, auch nur e i n Kind mehr zu gebären, als ohne dieses Epitheton ornans, scheint mir unwahrscheinlich; um so unwahrscheinlicher, als in Norddeutschland in breiten Volksschichten (bei Bauern, Kleinbürgern und Arbeitern) die Bezeichnung Mutter (anstatt Frau) sich schon seit langem eingebürgert hat, ohne einen Einfluß auf die Geburtlichkeit auszuüben.

In krassem Widerspruch aber zu der Ehrfurcht vor dem Mutterberufe der Frau, die in der Forderung Grubers liegt, der Mutter äußerliche Ehren zu erweisen, steht Grubers Stellung zu den unehelichen Müttern. Man kann ihm voll beipflichten in dem, was er von dem ethischen Wert der Einehe sagt, man kann ihm ruhig darin zustimmen, daß „ein wilder Wechsel der Paarungen, die Schwächung der Kameradschaft von Mann und Frau, die seelische Vereinsamung der Alten“ wäre und ebenso darin, daß mit einer Entfremdung zwischen Eltern und Kindern, die sich daraus ergäbe, eine Verarmung des Lebens an Freuden und ein schwerer Rückschlag der Gemütskultur Hand in Hand gehen müßte. Aber Geheimrat v. Gruber übersieht eine psychologische Ursache, die zu außerehelichen Beziehungen führt, ganz. Otto Anthes hat sie sehr hübsch in dem Text zu Paul Graeners „Narrengericht“ in folgende Verse gekleidet:

Ein Mädchenherz ist auf der Suche,
Solang es nicht in Liebe still.
Sein Gewähren und sein Versagen,
Was es gibt und was es nimmt,
Ist nur ein einziges, heimliches Fragen:
Wo ist der Eine, dem ich bestimmt.

Der mächtige Trieb zur Erhaltung der Art muß in den Jahren der Jugend mit dem Trieb zur Variierung der Art physisch und psychisch konkurrieren. Was Geheimrat v. Gruber und mit ihm Dr. Paull nichts weiter als eine verwerfliche Sittenlosigkeit erscheint, ist im Grunde doch nichts anderes, als das tastende Suchen der Natur nach der besten Anpassungsmöglichkeit und das instinktive Verlangen nach der von der Natur geforderten Erhaltung der Art. Man darf dabei nicht vergessen, daß die intellektuelle Entwicklung so ungleichmäßig ist, daß bei noch recht breiten Schichten unseres Volkes dies Suchen mehr der körperlichen als der seelischen Anpassung gilt. Soll man nun die uneheliche Mutter für den gewaltigen Naturtrieb — für einen Irrtum büßen lassen, den sie nicht verschuldet? Die feile Prostitution gebärt keine Kinder; in weitaus den meisten Fällen wird man daher nicht ohne weiteres Geheimrat Gruber darin zustimmen können, daß die Tatsache einer unehelichen Geburt die Mutter zu einer sittlich minderwertigen Persönlichkeit stempelt. Weit eher dürfte das auf den außerehelichen Geschlechtsverkehr zutreffen, der gewollt unfruchtbar bleibt. Aber der ist nicht zu fassen und nicht zu verfehmen, da er in weitaus den meisten Fällen unbekannt bleibt, obwohl seine Ausdehnung vielleicht weit größer ist, als selbst eine pessimistische Einschätzung annimmt. Ein Verbot der Präventivmittel, wie es Geheimrat v. Gruber will, wird dagegen so wenig etwas helfen, wie gegen die Verminderung ehelicher Geburten. Hüten aber sollte man sich auf jeden Fall, der unehelichen Mutter den Stempel der Infamie aufzudrücken, wie Dr. Paull das ausdrücklich fordert, indem er sagt: „Im Interesse der Ehe und Familie muß die uneheliche Mutter infamiert bleiben." Wenn man das tut, trifft man das Kind mit und gerade dieser Makel, den man der Mutter mit dem

Kinde anheftet, und die unzureichende materielle Versorgung unehelicher Kinder kann aus ihnen — wie Dr. Paull leider allgemein behauptet — Schädlinge der Gesellschaft machen. Es ist theoretisch sehr einfach, dem unehelichen Vater weitgehende Pflichten seinen außerehelichen Kindern gegenüber aufzuerlegen, praktisch aber ist es nicht ganz leicht — wie jeder in Vormundschaftssachen Erfahrene bestätigen kann — die Einhaltung dieser Verpflichtungen zu erzwingen und das wird noch erschwert, wenn man die uneheliche Mutter als sittlich minderwertig bemakelt. Gewöhnt man sich — wie wir das bisher taten — an diese ethische Auffassung, dann erleichtert man dem Manne psychisch die Verletzung seiner Pflichten außerordentlich. Deshalb scheint es mir auch gerade vom Standpunkte eines redlichen Freundes der Stärkung unserer Volkskraft, wie es Geheimrat v. Gruber zweifellos ist, verfehlt, sich gegen eine neue Sexualethik zu wehren, die hierin Wandel schaffen will. Es hilft nichts, sie kommt doch, wenn sie notwendig ist, um das eherne Lebensgesetz erfüllen zu helfen, weil die gewaltige Naturkraft, die unsere Entwicklungsbahnen bestimmt, ihren Weg unbeirrt weiter geht. Schädlich ist es, Hemmungen zu schaffen, die zu gewaltsamer Beseitigung geradezu anreizen. In den Fehler verfallen auch alle die Bestrebungen, die durch polizeiliche Beaufsichtigung der Kunst in Plastik, Bild und Wort die Sinnlichkeit unterdrücken zu können meinen. Die Sinnlichkeit ist es, die in Wirklichkeit der Rationalisierung des Geschlechtslebens am meisten entgegensteht. Im Überschwang der Sinnlichkeit vergißt auch der nüchterne Rechner seine Rechnung. Sie wäre also die stärkste Helferin des Staates bei seinem Streben nach Hebung der Volkszahl, wenn sie nicht vielfach krank wäre. Daran sind jedoch nicht Bild und Schriftwerke schuld, sondern unsere verkehrte Jugenderziehung, die noch an der alten asketischen Ethik festhält. Sinnlichkeit muß, soll sie lebenschaffend wirken, stärker selbst als die Liebe zum Leben sein; sie muß daher auch mit jeder Schranke wachsen, die die Geschlechter scheidet. Sorgen wir dafür, daß in den Kinderjahren ein natürliches Empfinden bewahrt bleibt, daß bei Sport und Spiel, bei Wanderung und in häuslicher Gemeinschaft sich Jüngling und Mädchen ohne Lüsternheit betrachten können, sorgen wir dafür, daß edle Kunstwerke ihnen früh des Menschenkörpers Schönheit ganz

enthüllen, dann wird die Gewöhnung vieles Unnatürliche, das aus der Siedehitze gehemmter Sinnlichkeit entstanden ist, beseitigen.

Wir werden nicht viel mehr tun können, um den Geburtenrückgang zu beseitigen, als der Natur die Wege zu ebnen, wenn uns nicht der Krieg als wertvollstes Ergebnis eine Möglichkeit schafft, in großer geschlossener Volksgemeinschaft neue weite Flächen zu besiedeln und damit der Mehrheit unseres Volkes für einige Zeit wieder eine größere Stetigkeit der Lebensbedingungen zu verschaffen.

V.

Ausblicke.

Die räumliche Enge unseres Wirtschaftsgebietes, das nicht, wie das russische, ein breites Nebeneinander der wirtschaftlichen Existenzen zuließ, sondern in unablässigem Wettbewerb immer wieder neue Schichtungen in den Erwerbsgruppen bedingte, ist umso stärker fühlbar geworden, je stärker sich unsere und die Volksindividualität unserer Nachbarländer entwickelte. Das letzte halbe Jahrhundert hat deshalb mit seiner schärferen Betonung der Nationalität viel dazu beigetragen, daß wir aus dieser räumlichen Enge nicht hinauskamen.

Gewiß hat deutscher Fleiß und deutsche Unternehmungslust Gewaltiges erreicht. Die deutsche Industrie, der deutsche Handel, sie haben trotz der schweren Hemmungen, die ihnen durch die Entwicklung des Nationalitätsgefühls in aufnahmefähigen Ländern entstanden, sich durchgesetzt und den Produkten deutschen Gewerbefleißes die Märkte der ganzen Welt erobert. Gewiß sind deutsche Pioniere überall in fremden Ländern unserer Warenausfuhr vorangegangen und in der ganzen Welt sind deutsche Siedlungen zu finden, doch waren es — nachdem Amerika dem Strom der Auswanderer nicht mehr die günstigen Bedingungen für eine Siedlung bot wie vor Jahrzehnten noch, verhältnismäßig nur wenige, die das Vaterland verließen. Die Hemmungen für die Geburtlichkeit,

die sich daraus ergaben, daß die Nationen sich immer schärfer individualisierten, darf man nicht unterschätzen, wenn man den Rückgang der deutschen Auswanderung betrachtet, die 1881—1890 noch 1 342 000 Köpfe betrug, 1901—1910 jedoch auf 220 000 zurückgesunken war. Nicht nur die steigende Erwerbsmöglichkeit in Deutschland war es, die die Abwanderung verminderte, sondern auch die steigende Erschwerung der Einwanderung Unbemittelter nach Amerika trug ein gut Teil dazu bei. Die Erwerbschancen im Auslande sanken, nachdem die Vereinigten Staaten dem unbemittelten Einwanderer keine Heimstätten mehr boten und nicht nur jede Förderung der Einwanderung ablehnten, sondern Unbemittelten sogar die Landung untersagten, immer mehr. Es gehörte nun schon ein kleines Kapital dazu, dort Fuß zu fassen.

England und Frankreich haben der deutschen Massenauswanderung in neuer Zeit nie eine Stätte geboten. Die Löhne waren zwar im Durchschnitt höher als in Deutschland, doch waren Arbeitsweise, Sprache, Sitte, Recht und Gewohnheit der breiten Masse unseres Volkes so wesensfremd, daß sich nur ein recht kleiner Teil der Heimatflüchtigen den Lebensbedingungen unserer westlichen Nachbarn anzupassen vermochte. Der Volksindividualismus war dort schon früh viel stärker als in den Vereinigten Staaten, in denen sich erst jetzt aus einer Völkermischung das Mischvolk mit völkischem Eigenzug bildet.

Rußland, in seiner asiatischen Verkehrsabgeschlossenheit, besaß schon vor der nationalistischen Welle, die vor einem halben Jahrhundert über Europa hinging, eine recht scharf ausgeprägte, fremdenfeindliche Individualität und der deutsche Auswanderer fühlte sich unter den Finnotartaren des eigentlichen Rußland nie heimisch. Dennoch hat Rußland zu Zeiten weit mehr deutsche Auswanderer aufgenommen als die Weststaaten. Die Förderung der Einwanderung durch die Selbstherrscher, die dem slavischen Pseudoslawenvolk ihren Willen aufzwangen, trug dazu bei, die deutschen Einwanderer in ihrer Eigenart zu schonen, namentlich, da sie in geschlossenen Kolonien siedeln konnten, wo Sprache, Recht und Sitte des Heimatortes ziemlich gut erhalten blieben. An der Westgrenze Rußlands aber, in Polen, Litauen und den Baltenländern, fanden

die recht zahlreichen deutschen Einwanderer von der Ostgrenze Deutschlands, die ja mit ihrem deutschen, litauischen, wendischen und polnischen Bluteinschlag fast die gleichen Rassetypen zeigten, wie jenseits der Grenze, einen recht günstigen Boden für die Siedlung. Störend wirkte nur die Rechtsunsicherheit, die sich aus der Beamtenwillkür ergab. Da sie jedoch durch Bestechlichkeit der Beamten gemildert wurde, waren die westlichen Grenzländer Rußlands lange Zeit ein günstiges Siedlungsland für unseren Bevölkerungsüberschuß aus den Ostprovinzen.

Das änderte sich erst, als in den achtziger Jahren der Panslawismus in Rußland zur Macht gelangte und die Russifizierung einsetzte. Zwar gelang es den in Rußland ansässigen Deutschen unter Aufwendung von großen Geldmitteln, die Vergewaltigung ihres Volkstums noch aufzuhalten, die deutsche Einwanderung in den Westprovinzen Rußlands aber hörte seitdem fast völlig auf.

Südamerika und die englischen und deutschen Überseekolonien waren der großen Masse der Ansiedler unzugänglich. Hier wirkten hemmend neben der fremden Volksindividualität und teilweise dem Klima namentlich die hohen Überfahrtpreise. Südbrasilien, das sich in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts der deutschen Einwanderung gegenüber sehr entgegenkommend zeigte, und das — bei hinreichender Unterstützung und Sicherung der deutschen Siedler durch das Vaterland — ein geradezu ideales Siedlungsland gewesen wäre, wurde unbegreiflicherweise von Bismarck der deutschen Einwanderung fast völlig versperrt. Der Fehler, den Bismarck damit machte, war weder durch die Erwerbung eigener Kolonien damals, noch ist er heute wieder gutzumachen.

Alle diese Hemmungen aber bewirkten, daß der Strom der deutschen Auswanderung, statt mit dem Wachstum des Volkes im Heimatland zu steigen, fast ganz versiegte und von einigen hunderttausend Auswanderern jährlich auf einige zehntausend sank. Das deutsche Wirtschaftsleben erfuhr damit eine gewaltige Kraftzufuhr; nicht nur, daß ihm ein paar hunderttausend kräftige, im besten Schaffensalter stehende, unternehmende Menschen erhalten blieben, es blieb auch ein Kapital von jährlich mehr als hundert Millionen dem Nationalvermögen, das sonst abgewandert wäre.

Aber so befruchtend diese Zusammendrängung des gesamten Nachwuchses in die engen Grenzen Deutschlands für die materielle Entwicklung unseres Volkes war, so darf man doch auch nicht verkennen, daß sie den Existenzkampf des Einzelnen erschwerte. Da die breite Grundlage fehlte und eine Verbreitung nicht möglich war, mußte sich durch die ständig steigende Intensität des Existenzkampfes unser Kultur- und Wirtschaftsleben eine stufenförmige Höhenentwicklung schaffen. Je höher sie führte, um so schmaler wurde die Basis der einzelnen Schichten und Stufen, um so größer war für den Einzelnen die Gefahr des Abgleitens und um so langsamer mußte die Volkszunahme werden.

Diese Entwicklung zeigt uns die natürlichen Ursachen des Geburtenrückganges, sie zeigt uns jedoch jetzt im Weltkrieg auch einen Ausblick auf eine bessere Zukunft.

Die breitere Basis, die uns günstigere Entwicklungsbedingungen bringt, wird der Krieg uns schaffen. Wir werden den verlorenen Kolonialbesitz wiedergewinnen, vielleicht in einer anderen für uns wirtschaftlich und militärisch günstigeren Lage und Gestalt, wir werden langsam, Schritt für Schritt, auch unsere Absatzmärkte wieder erobern und damit die Existenzmöglichkeit in der bisherigen Form. Der Übergang bis zum völligen Ausgleich des verlorenen Terrains wird durch die großen Ansprüche des heimischen Marktes ermöglicht, die — bei den großen Lücken, die der Krieg gerissen, — eine vermehrte Nachfrage an Arbeitskräften zur Folge haben müssen.

Die Befriedigung des heimischen Bedarfes und die Wiedereroberung der alten Absatzgebiete, so hoch sie zeitweise die Nachfrage nach Arbeitshänden und nach Intelligenz treiben mag, kann jedoch nicht dauernd die Existenzmöglichkeiten verbessern und so der Geburtlichkeit neue Antriebe geben, indem sie die Lebensbedingungen der einzelnen Erwerbsschichten sichert. Es kommt ein Zeitpunkt, an dem wir wieder auf dem gleichen Flecke stehen, wie vor dem Kriege. Überdies findet die Entwicklung zu starker Volksvermehrung nach dem Kriege auch neben den neuen Antrieben recht starke Widerstände.

Die schweren finanziellen Lasten werden nach der Ansicht finanzpolitischer Autoritäten auch bei entscheidendem Sieg sich nicht völlig, vielleicht nur zu einem kleinen Teil auf unsere Gegner abbürden lassen. Wir haben also mit einer starken Erhöhung aller öffentlichen Lasten zu rechnen und nach der Strömung, die in den leitenden Kreisen der einzelstaatlichen Regierungen herrscht und die Beschlüsse der einzelstaatlichen Regierungen und des Bundesrates beeinflußt, ist nicht anzunehmen, daß sie auch nur zum größeren Teile durch direkte Steuern aufgebracht werden. Indirekte Steuern aber haben nur dann Aussicht, größere Erträge zu liefern, wenn sie auf notwendigen Bedarf der breiten Masse gelegt sind, so daß sich ihnen Niemand entziehen kann. Ob sie dabei die Form von Zöllen, Monopolen, Verkehrs- oder Verbrauchssteuern haben, ist gleichgültig. Bei einer dauernden Belastung durch indirekte Steuern, die die bisherigen um das Zweifache und Dreifache übertreffen, müßte — wenn sie steuertechnisch überhaupt möglich wäre — der notwendige Lebensbedarf dauernd auf das Niveau von schweren Teuerungsjahren gebracht werden, in denen dem Familienvater die Verantwortung und die wirtschaftliche Belastung einer großen Familie besonders stark zum Bewußtsein kommt.

Man darf sich nicht darüber täuschen, daß die Kriegszeit viel dazu beigetragen hat, dem einzelnen Familienvater die Augen gründlich zu öffnen. Man hat in der Kriegszeit den Konsumenten gewissermaßen als eine unerfreuliche Erscheinung, als Überlästigen, behandelt, wenn er Wünsche äußerte, und hat vom Regierungstisch darauf verwiesen, daß es vor allem gelten müßte, der *Produktion* einen Anreiz zu schaffen. Als ob die *Menschenproduktion* nicht auch Produktion und noch dazu Deutschands wertvollste ist?! Man kann die 800 000 Köpfe des Geburtenüberschusses bei einer Lebensdauer von nur 40 Jahren und einer Arbeitszeit von nur 20 Jahren mit einem jährlichen Durchschnittsarbeitsertrag von nur 1000 *M* recht niedrig einschätzen, so bedeutet das einen Gesamtbetrag von 16 Milliarden, um den ihre Arbeit den Wert des Volksvermögens hebt. Wo ist die Industrie, die solch eine Produktion aufzuweisen hat? Die Schätzung ist dabei jedoch weit eher zu niedrig als zu hoch.

Trotzdem aber werden die Einflüsse und Bestrebungen, die sich im Kriege gezeigt haben, sich im Frieden mit weit größerer Stärke geltend machen. Dem muß jeder Freund einer gesunden Volksentwicklung, so weit das möglich ist, entgegentreten. Man darf nicht vergessen, daß jeder Zoll nicht, wie Statistiker das fälschlich, rein mechanisch berechnen, den Verbraucher nur mit seinem Ertrag belastet, sondern auch mit der Verteuerung der gesamten Inlandproduktion und mit den erhöhten Zuschlägen des Handels. Eine Erhöhung des Zolles für Brotgetreide um nur 10 *M* pro Tonne würde den Verbraucher mithin nicht nur mit zirka 30 Millionen für das eingeführte Brotgetreide, sondern mit weiteren 160 Millionen des erhöhten Preises von 16 Millionen Tonnen Inlandproduktion und etwa 10 Millionen Handelszuschlägen, also mit rund 200 Millionen belasten. Wie eine solche Verteuerung jedes einzelnen Lebensbedürfnisses auf die Menschenproduktion wirkt, ja wirken muß, das sollte die Reichsregierung und sollten die Landesregierungen und Kommunen bei jeder Steuerregelung mehr als je bedenken, um die Lasten nach der Tragfähigkeit zu verteilen. Nur dann können die Hemmungen, die sich einer Volksvermehrung nach dem Kriege durch die Erhöhung der öffentlichen Lasten entgegenstellen, von dem Anreiz überwunden werden, den eine reiche Arbeitsgelegenheit und dadurch erhöhte Sicherung der Existenz der Nachkommenschaft bieten.

Aber weit höher als die vermehrte Nachfrage nach Arbeitskräften zur Ergänzung des Bedarfs der heimischen Märkte und der Wiedereroberung der alten Absatzgebiete in ihrer Wirkung auf die Geburtlichkeit ist die Verbreiterung der wirtschaftlichen Basis einzuschätzen, die uns der Friede zweifellos bringen wird. Das Siedlungsland, das uns gefehlt hat, hat uns der Krieg im Osten jetzt gegeben. Kurland und das eigentliche Russisch-Litauen (die Gouvernements Suwalki, Kowno und der nördliche Teil des Gouvernements Grodno) mit einer Fläche von zirka 120 000 Quadratkilometer sollen, nach des Kanzlers Wort, nicht wieder an Rußland ausgeliefert werden. Dies Gebiet war vor dem Kriege von wenig über 2½ Millionen Menschen bewohnt, infolge der russischen Evakuation dürften es heute noch viel weniger

sein; Ost- und Westpreußen mit zusammen rund 62 500 Quadratkilometer Flächenraum hatte 1910 eine Gesamtbevölkerungsziffer von 3 767 000 Bewohnern. Deutschlands am schwächsten bevölkerte Provinzen, deren Bodenbeschaffenheit, Klima und Bevölkerung den russischen Grenzgebieten nahezu gleich sind, waren also dreimal so stark bevölkert als Kurland und Russisch-Litauen. Diese können mithin, wenn sie nur die gleiche Bevölkerungsdichtigkeit erlangen sollen, 5 Millionen Menschen, d. h. den Bevölkerungsüberschuß des Reiches etwa 6 Jahre hindurch aufnehmen. Das würde eine größere Existenzsicherheit für das ganze Reich im Gefolge haben.

Wir dürfen aber, wenn wir an die Besiedlung dieser Distrikte als Verbreiterung unserer wirtschaftlichen Grundlage denken, nicht mechanisch die Ziffern aneinander reihen. Die Volksgesamtheit hat noch andere weittragendere Vorteile von einer Angliederung dieses Gebietes an Deutschland. Wir haben vor dem Kriege noch rund 2 Millionen (genauer zirka 1 700 000 Tonnen) Brotgetreide vom Auslande einführen müssen und die Einfuhr steigt naturgemäß mit der Volkszunahme, da die Ertragssteigerung des Bodens seine Grenze hat, die jetzt nahezu erreicht sein dürfte, und sich darum von Jahr zu Jahr verlangsamt. Die 120 000 Quadratkilometer neuen Ansiedlungslandes dagegen lassen in kurzer Zeit noch eine enorme Ertragssteigerung an Brot- und Futtergetreide erwarten. Genaue Angaben über den Durchschnittsertrag dieser Provinzen vor dem Kriege liegen nicht vor. Sie werden jedoch sicherlich nicht besonders hoch über dem gesamten Durchschnittsertrag des russischen Bodens stehen, der bei Roggen 9 gegen 18,5 Doppelzentner auf den Hektar in Deutschland, bei Weizen gar nur 6,9 gegen 22,6 Doppelzentner in Deutschland betrug, in Litauen eher noch geringer sein. Ist aber der Durchschnittsertrag der russischen Ernte für Kurland und Russisch-Litauen nur um durchschnittlich die Hälfte niedriger als in Deutschland, dann können wir allein an Brotfrucht bei intensiverer Bewirtschaftung dort in wenigen Jahren 1 700 000 Tonnen jährlich mehr ernten als heute und damit den ganzen heutigen Fehlbetrag der deutschen Bevölkerung an Brotgetreide decken. Ebenso ist eine bessere Fleischversorgung dadurch in absehbarer Zeit erreichbar, da

sich auch der Anbau an Futtergewächsen erheblich verstärken läßt. Eine derartige Erhöhung der Eigenerzeugung würde dem Nationalvermögen gewaltige Summen erhalten. Allein der Ertrag an Brotgetreide zum Friedenspreise abzüglich des Zolles ersparte uns für zirka 1,400 Millionen Tonnen Roggen (Friedenspreis 170 abzügl. 50 ℳ Zoll = 120 ℳ) zirka 170, für zirka 300 000 Tonnen Weizen (Friedenspreis 210 ℳ abzügl. 55 ℳ = 155 ℳ per Tonne) 46½ Millionen ℳ, die jetzt ins Ausland abflossen. Der Mehrertrag an Hülsenfrüchten, Gerste, Hafer und aus der Fleischproduktion wird noch höher sein. Man geht daher wohl nicht fehl, wenn man den Zuwachs, der dem Nationalvermögen aus der gesamten landwirtschaftlichen Produktion dieser Provinzen erwachsen würde, auf rund eine halbe Milliarde Mark jährlich einschätzt.

Bleibt eine so gewaltige Summe jährlich dem Wirtschaftsgebiet des Reiches erhalten, so kann sie auf die Entwicklung der heimischen Erwerbstätigkeit befruchtend wirken.

Die Besiedlung, die notwendig wäre, um die Wirtschaft intensiver zu gestalten, bietet weniger Schwierigkeiten als die innere Kolonisation in Deutschland selbst.

In Kurland gibt es, bei einer Gesamtfläche der Provinz von rund 30 000 Quadratkilometer, einen Staatsdominialbesitz von 10 000 Quadratkilometer = 1 Million Hektar; daneben ½ Million Hektar, die sich in den Händen des Großgrundbesitzes befinden und etwa 1½ Millionen Hektar Bauernland, das auf 25 000 Bauernhöfe in einer Durchschnittsgröße von zirka 60 Hektar verteilt ist. Kleingrundbesitz ist fast gar nicht vorhanden.

Von dem großen Staatsdomänenbesitz ist freilich ein großer Teil mit Wald bedeckt und daher zur Aufteilung nicht geeignet. Immerhin dürfte ein Drittel bis zur Hälfte des gesamten Domänen-Areals besiedlungsfähig sein. Auch der Großgrundbesitz hat dort ein lebhaftes Interesse an der Besiedlung.

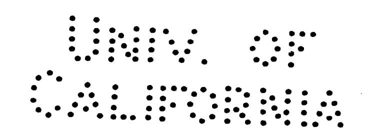
Ein Anschluß an das deutsche Wirtschaftsgebiet würde automatisch die intensivere Nutzung des Bodens nach sich ziehen. Eine solche aber fordert mehr Hände, als die extensive Wirtschaft, die bisher sogar auf dem Bauernland in Kurland getrieben worden ist. Auch der bäuerliche Durchschnittsbesitz von 60 Hektaren

(= 240 Morgen) ist zu groß, um intensiv von einer Familie bewirtschaftet zu werden.

Eine Aufteilung des Groß- und Mittelbesitzes liegt daher im eigenen Interesse der Besitzer; um so mehr, als sie durch Abverkauf das nötige Betriebskapital für die Intensivierung ihrer Wirtschaften erhalten würden. Gesetzliche Maßnahmen zur Regelung der Verhältnisse der von Rußland Evakuierten, der dauernd im Auslande lebenden, fremden Staatsangehörigen und des sonstigen herrenlosen Besitzes werden ohnehin notwendig sein. Diese könnten auf die Notwendigkeit der Kolonisation Bedacht nehmen. Es läßt sich daher wohl ermöglichen, den Preis für Siedlungsland auf einer angemessenen Höhe festzuhalten. Der Preis brauchte den Normalpreis vor dem Kriege nicht zu überschreiten, damit eine Spekulation unterbunden wird. Eine dichtere Besiedlung würde der angesessenen Bevölkerung dort so großen Vorteil bringen, daß jede Förderung, durch welche Maßnahmen es immer sei, von der Stadt- und Landbevölkerung nur mit Freuden begrüßt werden könnte. Schon allein die Steigerung der Preise für landwirtschaftliche Produkte, die mit einem Anschluß Kurlands an das Wirtschaftsgebiet des Deutschen Reiches Hand in Hand ginge, würde den Wohlstand jedes Landwirts selbst bei Verringerung der Fläche seines Besitzes erheblich mehren. Ebenso selbstverständlich ist es, daß sich der Umsatz und damit die Verdienstmöglichkeit in den Städten bei einer stärkeren Besiedlung hebt.

Nimmt man nur an, daß die innere Kolonisation etwa ein Drittel der Fläche Kurlands, also zirka 1 Million Hektar zur Verfügung stehen würden, so ließe sich die Zahl der selbständigen Bauern um mindestens 70000 vermehren und das würde bedeuten, daß — mit den Angehörigen — 300 000 Menschen in der Landwirtschaft allein dort nach und nach eine sichere, selbständige Existenz gewinnen könnten.

Für Russisch-Litauen, wo die Bodenkultur auf einer noch viel primitiveren Stufe steht, gilt in erhöhtem Maße, was von Kur-



land gesagt ist. Auf der dreifach größeren Fläche, die in Russisch-Litauen zur Besiedlung zur Verfügung stehen würde, fänden als bäuerliche Ansiedler etwa 210 000 Familien mit insgesamt fast einer Million Köpfen ein sicheres Brot.

Dazu müßten, da es in beiden Provinzen an Arbeitern für eine intensive Bodenbearbeitung fehlt, auch eine größere Anzahl Landarbeiterfamilien angesetzt werden, so daß sich durch Besiedlung des platten Landes allein die im landwirtschaftlichen Gewerbe tätige Bevölkerung Kurlands und Litauens ohne Schwierigkeiten um etwa 2 Millionen Köpfe vermehren läßt.

Aber nicht nur in Kurland und Litauen, auch im Königreich Polen, das bei einer Grundfläche von etwa 150 000 Quadratkilometern (mit den litauischen Distrikten südlich Grodnos) von etwa 9 Millionen Menschen im Frieden bewohnt war, wird — mag die staatsrechtliche Stellung Polens sein, wie sie will, der reichsdeutsche Auswanderer die breitere Basis für seine wirtschaftliche Existenz finden. Der Kanzler betont ausdrücklich, daß über das künftige Geschick Polens die Mittelmächte entscheiden werden, daß Polen jedoch niemals mehr das Aufmarschterrain für russische Heere bilden dürfte. Das setzt zum mindesten ein militärisches Bündnis zwischen Polen und den Mittelmächten voraus. Ein solches Bündnis aber würde auch eine wirtschaftliche Anlehnung Polens an seine Schutzmächte bedingen, selbst wenn Polen in Zukunft eine selbständige staatliche Existenz erhielte. Eine wirtschaftliche Anlehnung wiederum muß zu erhöhten gegenseitigen Rechtsgarantien, zu einer Rechtsannäherung führen, die deutschen Siedlern Schutz und Rückhalt bietet. Auch in Polen ist — trotzdem die Bevölkerungsdichte etwa der Altpreußens entspricht — durch die gewaltsame Evakuierung viel Raum geschaffen. Aber so hoch die Siedlung dort auch einzuschätzen ist, weil sie, so nahe dem Stammland, in lebendigem Zusammenhang mit ihm bleiben kann, höher ist bei der wirtschaftlichen Annäherung des polnischen Gebietes doch noch die allgemeine Einwirkung ihrer Erschließung auf die Entwicklung der preußischen Ostprovinzen zu veranschlagen. Auch die Erschließung Kurlands und Litauens muß das Wirtschaftsleben des Ostens stark befruchten,

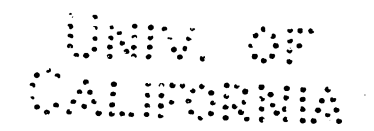


da Handel und Industrie dort das breite Hinterland gefehlt hat, um sich in voller Kraft zu entwickeln.

Wir können daher erwarten, daß die politische Angliederung Kurlands und Litauens an Deutschland und die militärische und wirtschaftliche Anlehnung Polens an die Mittelmächte dem wirtschaftlichen Leben der Ostprovinzen starke Antriebe geben und daß nicht nur die Rußland abgenommenen neuen Gebiete, sondern auch die alten deutschen Ostprovinzen dadurch an Bevölkerungsdichte zunehmen. Ost- und Westpreußen mit heute kaum 60, Posen mit 72, Pommern mit 57 Einwohnern auf den Quadratkilometer stehen ja noch tief unter dem Reichsdurchschnitt, der 120 Einwohner auf den Quadratkilometer beträgt. Auch Schlesien mit zurzeit 92 Einwohnern auf den Quadratkilometer kann an Volkszahl und wirtschaftlicher Kraft noch wesentlich gewinnen.

Damit wäre schon eine ganz erheblich breitere Grundlage für den Aufbau unseres wirtschaftlichen und kulturellen Lebens gewonnen und auf der breiteren Grundfläche, auf der die Aufstiegsmöglichkeit noch groß ist, muß auch die Fruchtbarkeit des Volkes wieder wachsen. Die Wahrscheinlichkeit dafür ist um so größer, als die wirtschaftliche Annäherung der Mittelmächte (selbst wenn der erstrebte Wirtschaftsverein zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn noch nicht zustandekommen sollte) und die wirtschaftliche Annäherung der Mittelmächte an Bulgarien und die Türkei uns neue weite Perspektiven zeigt. Selbst Belgiens Angliederung an den mitteleuropäischen Wirtschaftskomplex, die — mag die staatsrechtliche Stellung Belgiens sein, wie sie will — kommen wird, wenn Belgien aufhört, nach des Kanzlers Wort, das Vorland Englands und Frankreich zu sein, muß — trotzdem Belgien selbst sehr volkreich ist und in seiner Geburtlichkeit fast auf der niedrigen Stufe Frankreichs steht — das Wirtschaftsleben Deutschlands befruchten und die Basis unserer Volkskraft verbreitern, da wirtschaftliche Intimität die Einwanderung im Grenzland und den engen Zusammenhalt der Einwanderer mit der Heimat begünstigt.

Statt der engen räumlichen Begrenzung zwischen Maas und Memel, Nordsee und Alpen steht dem deutschen Volke für seine völkische Ausbreitung nach dem Kriege ein schwach besiedeltes mit



dem Hauptstamm territorial zusammenhängendes großes Gebiet und für eine wirtschaftliche Betätigung stehen ihm unbegrenzte Möglichkeiten offen.

Die Aufgaben, die unseres Volkes harren: — Besiedlung und Erschließung der mit dem Schwert errungenen Länder und Befruchtung des Wirtschaftslebens der mit uns verbundenen Nationen — verlangen gebieterisch noch für recht lange Zeit ein stark wachsendes Volk. Die Natur aber folgt nach ehernem Lebensgesetz der Entwicklungsnotwendigkeit. Darum können wir ohne Bangen, können wir frohen Herzens in die Zukunft sehen. In dem weiten zusammenhängenden Wirtschaftsgebiet Mitteleuropas und des Orients, das mit über 3½ Millionen Quadratkilometer Fläche (etwa ⅓ der Größe Europas) unabsehbare Entwicklungsmöglichkeiten bietet, liegt die Gewähr dafür, daß unsere Volkszahl wächst und ihre Kraft konzentrisch zusammengehalten wird. Mag Rußland gleichfalls dann an Volkszahl zunehmen, wir werden stark genug bleiben, Deutschland und Europa vor der Überflutung durch die Horden Asiens und Halbasiens zu bewahren.



